

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 1.50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Vom Centralverband gegen Sozialpolitik	697	Lohnbewegungen und Streits.	708
Gefehung und Verwaltung. Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in den kleineren Bundesstaaten über das Jahr 1908. I. — Das Center System in Augsburg	700	Arbeiterversicherung. Unfallsfolge	709
Wirtschaftliche Rundschau	702	Karielle. Sekretariate. Zur Herausgabe umfangreicher Sekretariatsberichte	711
Arbeiterbewegung. Der amerikanische „Reichsverband“. — Fabrikbetriebslehre! — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Von den amerikanischen Gewerkschaften	703	Mitteilungen. Durmung der Generalkommission über Quartalsbeiträge sowie über eingegangene Unterstützungsbeiträge für Schweden. — Unterstützungsvereinigung: Abrechnung und Anmeldungen	711

Vom Centralverband gegen Sozialpolitik.

Der Centralverband deutscher Industrieller hat in seiner Ausschusssitzung vom 15. Oktober d. J. in Berlin nicht nur zu dem neuen Programm des Hansabundes zustimmend Stellung genommen und sich diesem als Bundesgenossen für seine Bestrebungen zur Verfügung gestellt, sondern er befaßte sich auch mit der in letzter Reichstagsession beratenen Gewerbeordnungs-Novelle und — mit der Herbeiführung arbeitgeberfreundlicher Wahlen.

Von der Gewerbeordnungs-Novelle haben vor allem die Kommissionsbeschlüsse über die Heimarbeit keinen Horn erregt. Schon die früheren, bereits Gesetz gewordenen Bestimmungen über die Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen fanden nicht seinen Beifall. Er bezeichnete diese vom Reichstag bereits seit nahezu einem Jahrzehnt geforderten Maßnahmen als „überstürzte Beschlussfassung“. Nicht minder wandte sich der Scharfmacherverband gegen die Kommissionsbeschlüsse betreffend die Konkurrenzklause, die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen und die Einsetzung von Handelsinspektoren, die er als gänzlich unannehmbar erklärte. Bei dieser Gelegenheit wandte er sich auch gegen die Schaffung paritätischer Arbeitskammern, von denen er annahm, daß sie nicht geeignet seien, den wirtschaftlichen Frieden und ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu pflegen, sondern im Gegenteil zu einer Verschlechterung dieses Verhältnisses und der betreffenden Beziehungen Anlaß geben würden, wobei er besonders die Wählbarkeit der Angestellten von Gewerkschaftsorganisationen bekämpfte. Gegen alle diese sozialpolitischen Beschlüsse hat der Scharfmacherverband sein Veto in Resolutionen niedergelegt, deren Sprache an Entschiedenheit nichts vermissen läßt. „So will ich und so befehle ich“, tönt es daraus der Regierung entgegen. Was Wunder, wenn Herr Delbrück, der damalige Handelsminister, vor diesem Widerstand kläglich zusammenknickte und die Reichs-

tagsbeschlüsse bei der Regierung nicht zu vertreten wagte. Nun galt es, die Regierung auch noch gegen die unangenehmen Beschlüsse der Reichstagskommission zur Reform der Heimarbeit scharf zu machen. Vor allem soll die Einführung von Lohnämtern zu den schwerwiegendsten Bedenken Anlaß geben. Man gebe nicht bloß darauf hinaus, durch diese Lohnämter Mindestlöhne für die Hausarbeiter festsetzen zu lassen, meinte der Referent Dr. Bartels, sondern diese Festsetzungen sollten dann obendrein für den ganzen Gewerbebezweig, also auch für die Industriebetriebe, gelten. Die Regierung habe sich allerdings gegen solche Lohnämter ausgesprochen, aber gegen diese Beschlüsse müsse entschieden Verwahrung eingelegt werden, da sie eine schwere Beunruhigung in der Industrie hervorriefen und die Dispositionsfreiheit innerhalb der Betriebe unerträglich hemmten.

Daß hier die Aufgaben der Lohnämter geflissentlich verkannt werden, dürfte dem Leser nicht entgangen sein. Die Reichstagskommission, die in der Mehrheit aus bürgerlichen Vertretern besteht, war weit entfernt davon, der Industrie Lohnfestsetzungen aufzwingen zu wollen. In der Kommission wurde verlangt, daß die Lohnämter für die Hausarbeiter Mindestlöhne festsetzen sollen, die nicht niedriger als die für die gleiche Arbeit in der Fabrik oder Werkstatt gezahlten Löhne sein dürfen. Nur um der Möglichkeit zu steuern, daß Unternehmer, die lediglich Hausarbeiter beschäftigten, zum Schein kleine Werkstätten mit wenigen Arbeitskräften einrichten und diesen letzteren geringere Löhne zahlen als den Hausarbeitern, wurde hinzugefügt, daß die Lohnfestsetzungen für die Hausarbeiten dann auch auf Gewerbebetriebe ausgedehnt werden könnten. Das bedeutet aber keineswegs einen Eingriff auf die Dispositionsfreiheit innerhalb der Betriebe, sondern im Gegenteil die Anerkennung der innerhalb der Betriebe vereinbarten Lohnsätze als allgemeine Norm, und die Beseitigung einer unlauteren Konkurrenz, die diese Dispositionsfreiheit benachteiligt.

aus allen Reichsteilen übertragen werden. Dieser Ausblick habe eine Geschäftsstelle zu bilden und deren Geschäftsführer falle die weitere Arbeit zu, insbesondere die Einsetzung von Vertrauensleuten in den Wahlkreisen, die Beschaffung von Information und die Unterbreitung von Vorschlägen an den Ausschuss. Es sei schon ein großer Vorteil, wenn bei den nächsten Wahlen bloß 10 Abgeordnete mehr als Freunde und Vertreter der Industrie in den Reichstag kämen. — Die Beiträge seien nach Maßgabe der Wohnstätte zu verteilen. Fürs erstmalig sollten die gesamten Mitglieder des Centralverbandes die Beiträge auf längere Zeit übernehmen, denn um durchschlagende Erfolge bei den nächsten Wahlen zu erreichen, sei eine jahrzehntelange Tätigkeit erforderlich.

Schließlich meinte Herr Vued noch, daß diese Aktion durchaus nicht gegen den Hansabund gerichtet sei. Die Gründung des Hansabundes könne den Centralverband nicht veranlassen, von seinen Vorschlägen abzustehen, denn der Hansabund sei nicht die geeignete Stelle, um auf die Wahlen einzuwirken, da in ihm Gruppen mit entgegengesetzten Interessen vertreten seien. Der Hansabund möge vielmehr im eigenen Interesse die allgemeine Einwirkung auf die Wahlen nicht selbst in die Hand nehmen, sondern in den großen Interessengruppen überlassen.

In der Diskussion wurde zugestanden, daß der Centralverband deutscher Industrieller in der Verwirklichung dieses Zieles gewissermaßen vom Hansabund überholt worden sei. Herr Wend bedauerte, daß der Centralverband im Hansabund leider in der Minderheit sei, denn hätte er dort die leitende Stellung, dann wäre der „Wahlfonds des Centralverbandes“ gar nicht erst nötig. Mit diesem Namen hat Herr Wend der Sache die Schelle angehängt und deutlich erklärt, worum es sich handelt. Der Velle möchte zwar auf eine neue politische Gruppierung nicht gern verzichten und erklärte, daß die Gründung des Hansabundes solche Hoffnungen auf eine „berufsständische Vertretung“ erweckt habe. Indes begrüßt er den Vorschlag des Centralverbandes und steuert größere Geldmittel seitens der Saarindustriellen dafür in Aussicht. Der Centralverband solle diese Mittel aber nicht bloß für die Wahlen verwenden, sondern auch zur Ausbildung geeigneter Agitatoren, die den Marxismus und den Kathedersozialismus berufsmäßig bekämpfen.

Der Bankdirektor Müller-Dresden meinte, die Gründung eines gesonderten Wahlfonds des Centralverbandes wirke zwar nach außen nicht schön, aber der Hansabund werde das nicht als ein Unglück betrachten und ihm übernehmen.

Herr Vopelius-Sulzbach erzählte, daß in vielen Unterredungen mit Fürst Bülow, Herrn von Bethmann Hollweg und anderen Regierungsvertretern diese immer wieder geäußert hätten, wenn über mangelnde Berücksichtigung der Industrie geklagt wurde: die Industrie müsse sich ihre entsprechende Vertretung im Parlament suchen. Syndikus Dr. Kade-Hannover konstatierte, daß die hannoversche Industrie in der Hauptsache die Kosten der dortigen Wahlen trage. Direktor Gottstein-Dreslau betonte sich als Agitator für den Hansabund. Mit Skeptizismus schaffe man nichts, sondern nur mit hohem Idealismus. Generalsekretär Beumer-Düsseldorf sagte die Unterstützung der rheinisch-westfälischen Industrie zu, plädierte jedoch dafür, daß jetzt hinter diese seit Jahren behandelte Sache einmal ein bißchen Begeisterung gesetzt werde, damit ein möglichst großer Beutel Geld zusammenkomme.

Schließlich wurden die Leitsätze Vueds einstimmig angenommen. Sie lauten:

1. Die seit Jahrzehnten in der Gesetzgebung zum Ausdruck gelangte ungenügende Berücksichtigung der Industrie und Wahrung ihrer berechtigten Interessen hat die weitesten Kreise der Unternehmer und Arbeitgeber mit schwerer Sorge und zunehmender Erbitterung erfüllt. Eine Aenderung zum Besseren ist nur zu hoffen von einer wirkungsvolleren Vertretung der Industrie in den gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere im Reichstag.
2. Um die Wahl solcher Abgeordneten für den Reichstag und im gegebenen Falle auch für die Landtage der einzelnen Staaten zu unterstützen und zu fördern, von denen die Vertretung der Interessen der Industrie im Sinne der Stellungnahme des Centralverbandes und der ihm angeschlossenen wirtschaftlichen und industriellen Körperschaften länger zu erwarten ist, soll ein diesen Zwecken dienender Fonds gebildet werden. Unter den vorstehenden Voraussetzungen soll die Unterstützung aus diesem Fonds den Wahlkandidaten aller bürgerlichen Parteien zuteil werden.
3. Der Wahlfonds soll von einer Kommission zusammen mit der von ihr zu errichtenden und unter ihrer Leitung stehenden Geschäftsstelle, vollkommen unabhängig vom Centralverbande deutscher Industrieller, gesammelt, verwaltet und verwendet werden. Die Kommission beschließt ebenso selbständig über ihre Verfassung.
4. Die Kommission wird zusammengesetzt aus 15 Mitgliedern und ist berechtigt, zu ihrer Ergänzung weitere Mitglieder zuzuwählen. Der Beitrag zu dem Wahlfonds soll nach der Bestimmung der Kommission in einem Prozentsatz von der alljährlich gezahlten Lohnsumme bestehen und in vorher bestimmten Zeitabschnitten von den unmittelbaren und mittelbaren Mitgliedern des Centralverbandes erhoben werden. Die Unternehmer sollen diesen Betrag als eine freiwillig übernommene, für längere Zeit zu zahlende Steuer ansehen.
5. Die Kommission soll gehalten sein, jährlich in angemessener Weise über die Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds zu berichten und diesen Bericht in geeigneter Form allen zugänglich zu machen, die Beiträge zu dem Fonds leisten.
6. Der Ausschuß des Centralverbandes beauftragt das Direktorium, die Ausführung dieser Beschlüsse in die Wege zu leiten. Er erwartet, daß alle zur Mitwirkung berufenen Faktoren ihr mögliches tun werden, um die Kommission sobald als irgend tunlich zu bilden und in Tätigkeit zu setzen.
7. Der Ausschuß erwartet ganz besonders, daß alle Mitglieder des Centralverbandes die immer schwieriger werdende Lage der Industrie erkennen und zu deren Abhilfe die Steuer für den Wahlfonds auf sich nehmen werden, um weiteren, viel schwereren Schädigungen und Belastungen durch die Gesetzgebung vorzubeugen.

Die Wahlpolitik des Centralverbandes deutscher Industrieller zeigt uns verheißende Ausblicke auf den kapitalistischen Staat par excellence. Nicht mit Männern, Vereinen oder Parteien werden die Wahlen gemacht, sondern einzig mit Geld. Es genügt, den Parteien das nötige Geld zur Verfügung zu stellen, wenn sie sich für die Vertretung industrieller Interessen im Sinne der Bestrebungen des Centralverbandes erklären. Diese Kapitalisierung der Wahlen zur Schaffung eines den Industriellen günstigen Volkswillens ist hochmoralisch. Man hat das zwar schon seither versucht, ohne darüber großes Aufheben zu machen — weshalb soll man sich genieren, das jetzt auch öffentlich zu tun? Man versuche es zunächst einmal mit einem Geldkonjunktium — vielleicht gründet man später eine Aktiengesellschaft für dauernde Mietung von Reichstagsplätzen, aus der sich später durch Vereinigung der landwirtschaftlichen, mittelständlerischen und hansabündlerischen Sonderfirmen der große nationale Trust für Volkswohlfaht zusammenbauen ließe.

Von solchen sachlichen Erwägungen, die auch der Dispositionsfreiheit der Betriebsarbeiter Rechnung tragen, verlautete natürlich in diesen Kreisen kein Wort. Vielmehr wurden die unzutreffenden Ausführungen des Referenten durch den Vertreter der Textilindustrie, Direktor Haasemann-Bremen, sowie durch Kommerzienrat Langen unterstützt und eine Resolution angenommen, in der der Befürchtung der Unternehmer Ausdruck gegeben wird, daß diese bei einem Fortschreiten der Gesetzgebung auf diesem zum konstitutionellen Fabrikssystem führenden Wege ihre Betriebe nicht mehr aufrecht erhalten können.

Sicherlich glauben die Scharfmacherverbändler selbst nicht daran, daß die Regierung ihre furchterliche Drohung ernst nimmt und sich wirklich den Kopf darüber zerbricht, was die Arbeiter ohne dieses Unternehmertum anfangen würden. Aber für die ablehnende Haltung des Centralverbandes deutscher Industrieller hat die Regierung ein sehr geschärftes Empfinden, und so wird sie wohl schwerlich wagen, gegen den Stachel der Bued u. Co. zu lösen. Dagegen rechnen die Scharfmacher schon heute damit, daß die Kommissionsbeschlüsse auch im Plenum des Reichstages eine Mehrheit finden dürften, und da wird es die Aufgabe der deutschen Volksvertretung sein, der Regierung begreiflich zu machen, daß ihr Wille denn doch etwas mehr Beachtung erheischt, als der eines Scharfmacherverbandes, der noch nicht einmal als Rechtssubjekt, geschweige denn als gesetzgebende Körperschaft im Deutschen Reiche anerkannt ist.

Die Zeiten, in denen der Industriellenverband so einfach diktieren konnte und die Regierung ohne weiteres diesen Befehlen entsprach, sind seit dem Zusammenbruch des Zuchthauskurses vorbei und kommen nicht wieder. Wie die Gewerkschaften sich auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags durchgerungen haben und die Industriellen zwingen, Arbeitgeberverbände und Centralstellen solcher Verbände zu gründen, so hat der parlamentarische Gedanke im Volke eine Kräftigung erfahren, der die Regierung wohl oder übel Rechnung tragen muß. Das Volk läßt sich nicht länger beiseite schieben. Bereits rüttelt es immer ungeduldiger an den veralteten Wahlsystemen. Da läßt sich nicht auf die Dauer gegen den Reichstag regieren. Wer die Gesetzgebung beeinflussen will, muß seine Vertretung im Parlament suchen; auch die Industriellen müssen sich dazu bequemen, so sehr ihnen der Reichstag des allgemeinen Wahlrechts verhaßt sein mag. Das hat ihnen die Regierung mehrfach bedeutet, und die Herren vom Centralverband mußten dies endlich, so schwer es ihnen fiel, begreifen lernen.

Deshalb der Ruf im Unternehmerlager: Bessere Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften. Herr Tille im Saarrevier war der erste, der diesen Gedanken propagierte. Er forderte die Gründung einer großen Arbeitgeberpartei, für die er unter Einrechnung aller Kleingewerbetreibenden und kaufmännischen und technischen Angestellten, sowie landwirtschaftlicher Arbeitgeberkreise bereits 6 Millionen Stimmen herausrechnete. Von einer solchen vollständig neuen politischen Gruppierung wollte man in den Kreisen des Centralverbandes nichts wissen; dort strebte man vielmehr nach einer Vereinigung aller Arbeitgeberkreise unter dem Schirm des Centralverbandes deutscher Industrieller, um diesen zum Mittelpunkt aller Arbeitgeberpolitik zu machen. Die Gründung des Hansabundes kam den leitenden Männern des Centralverbandes recht ungelogen,

denn sie brachte eine politische Aktion in ganz anderer Richtung, mit der Spitze gegen die schußzöllnerische Landwirtschaft gerichtet, und diese Bewegung war so vehement, daß der Centralverband, unfähig, sie aufzuhalten, sich ihr anschließen mußte, um nicht an die Seite gedrückt zu werden. Es gelang ihm zwar, seine Anschauungen im Programm des Hansabundes bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt zu sehen, aber in der Leitung des neuen Bundes blieb er in der Minderheit.

So lag die Situation, die den Centralverband veranlaßte, die Bildung eines industriellen Wahlfonds auf die Tagesordnung zu setzen. Herr Axel Bued, der das einleitende Referat hielt, schilderte, wie ungünstig die Gesetzgebung seit einer Reihe von Jahren die Industrie behandle. Bei der Tarifpolitik sei sie infolge ungenügender Vorarbeiten der Regierung für die Handelsverträge zu kurz gekommen und der Kathedersozialismus habe Beamtenkreise und öffentliche Meinung gegen die Industrie voreingenommen. Zwar habe die letztere für die Wahlen des Jahres 1907, die die Sozialdemokratie zurückdrängten, ganz außerordentliche Opfer gebracht, aber die Haltung der Parteien gegen die Industrie blieb die gleiche. Zu den Vorschlägen zu einer Wanklung, die von Tille, Mend, Leidig, Stresemann, König und anderen gemacht wurden, übergehend, erwähnt Redner, daß die Verschmelzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände namentlich an der Beitragsfrage gescheitert sei. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände erhebe außerordentlich geringe Beiträge und könne mit Rücksicht auf das in ihm vertretene Handwerk höhere Beiträge nicht erheben, während die Hauptstelle infolge höherer Beitragserhebung schon ein kleines Vermögen angesammelt habe. Weiter, als zu einem Kartell zwischen beiden Verbänden sei es bisher nicht gekommen.

Zu weiteren trat der Redner der Auffassung entgegen, als könnten die Arbeitgeberverbände die Grundlage für eine politische Vertretung der Industrie werden. Die Arbeitgeberverbände sollten alle Punkte ausscheiden, die ihnen irgendwelche Hindernisse bereiten, besonders solche wirtschaftlicher, politischer und selbst sozialpolitischer Art, die nicht eng mit ihrer Tätigkeit als Arbeitgeberverbände zusammenhängen. Nach eingehender Prüfung der Vorschläge Tilles und Mend's empfahl der Direktorium des Centralverbandes keine allgemeine politische Zusammenfassung und Vereinsbildung der Industrie, sondern die Gründung eines industriellen Wahlfonds. Bei allen politischen Wahlen sei die Aufbringung der nötigen Gelder die Hauptaufgabe der Parteien. Die angesehensten Parteiführer beteiligten sich daran, woraus zu schließen sei, daß mit Geld auf die Wahlen einzuwirken sei, und daß die Verwendung von Geldmitteln zu solchen Zwecken durchaus loyal und in keiner Weise anständig sei. Aus diesem Wahlfonds sollten alle Kandidaten eines Ansehens der nationalen Partei unterstützt werden, von denen anzunehmen sei, daß sie die Interessen der Industrie im Sinne der Stellunahme des Centralverbandes vertreten. Indes solle der Centralverband mit der Sammlung und Verwaltung dieses Fonds nichts zu tun haben, weil gegen ihn ein gewisser Widerstand und Mißgunst bemerkt worden sei, die es nicht gern sehe, daß dieser Stelle größere Mittel in irgendwelcher Form zugewendet würden. Vielmehr solle die Sammlung und Verwaltung selbständig einem Ausschuss aus angesehenen, einflußreichen Männern der Industrie

Den Arbeitern kann es nur recht sein, wenn die Betriebsleiter sich über die Sorgen und Wünsche zu unterrichten suchen und auf das, was sie so erfahren, möglichst Rücksicht nehmen. Gerade im letzten Jahre hat sich mancher Betriebsleiter in einer geradezu abstoßenden Rücksichtslosigkeit gezeigt, weil er überzeugt war, daß die Arbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise Widerstand dagegen nicht leisten können. So berichtet der Gewerbeaufsichtsbeamte aus Oldenburg, daß in der Industrie der Maschinen und Apparate manche Betriebsleiter erwachsene Arbeiter durch Lehrlinge ersetzt haben. Ebenso ersehen wir aus dem Bericht über Sachsen-Weimar, daß „mehrfach“ agitatorisch tätige Arbeiter gemahregelt und „vereinzelt“ jüngere Arbeiterinnen weiter beschäftigt werden, während ältere erwachsene Arbeiter feiern mußten. — In Sachsen-Meiningen suchten in mehreren Fällen Unternehmer der Spielwaren- und verwandten Branchen den sie drückenden Kosten bei dem mißlichen Geschäftsgang dadurch zu begegnen, daß sie ihren Leuten die Arbeit mit nach Hause gaben. Sie „sparten“ dadurch Licht und Heizung. Daß sie dadurch der Heimarbeit mit ihren Schäden erneut Vorschub leisteten, kam ihnen dabei wohl gar nicht zum Bewußtsein — meint dazu der Berichterstatter. —

Wie die wirtschaftliche Krise auf die Arbeiter wirkt schildert der Berichterstatter über Sachsen-Weimar in folgender Weise: Nach den Auskünften der Krankenkassen ist das Berichtsjahr in gesundheitlicher Beziehung durchschnittlich etwas ungünstiger als die vorhergehenden gewesen; sowohl die Zahl der Krankentage als auch die Höhe der für die Kranken entstandenen Kosten sind auf die Zahl der Mitglieder bezogen, bei mehreren Kassen gestiegen. Die Ursachen sind auch hier in der Wirtschaftslage zu suchen. Bei Abnahme des Verdienstes muß vielfach an kräftiger Nahrung gespart werden, und damit ist ein Nachlassen der Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen Krankheiten verbunden. Ferner zwang der Mangel an Beschäftigung manchen Arbeiter, der bisher in den geschützten Räumen der Fabrik tätig war, in der Landwirtschaft, auf Bauten und anderwärts im Freien Arbeit anzunehmen, wo er den Unbilden der Witterung ausgesetzt war und sich bald Erkältungen mit ihren Folgeerscheinungen zuzog. Endlich gibt es Krankheiten, deren Bei ung bei flottem Geschäftsgang von den Arbeitern aus eigenem Antrieb oder auf Wunsch der Arbeitgeber verschoben wird, bis geschäftsstille Zeiten kommen. Im Berichtsjahre ist eine besonders große Anzahl Krankheiten unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten gewesen. Daß auch die Simulation von Erkrankungen bei den geringen Arbeitsgelegenheiten den Jahresabschluß der Kassen ungünstig beeinflusste, ist zweifellos.

An diesen traurigen Verhältnissen sind aber nach der Entdeckung des Berichterstatters über Sachsen-Meiningen, des Gewerbeinspektors Winkler in Meiningen, die Arbeiter selbst schuld. Denn sie haben „während der Zeit des guten Verdienstes das Zurücklegen eines Notsperrnigs vielfach vernachlässigt“. Darüber, ob die Arbeiter „während der Zeit des guten Verdienstes“ nicht etwa ihren ganzen Verdienst zur Bestreitung der notwendigsten Ausgaben brauchten, also selbst beim besten Willen einen solchen Notsperrnig nicht zurücklegen konnten — über eine solche Kleinigkeit hat sich offenbar der Herr gar keine Gedanken gemacht. Moralpredigten sind leichter als gründliche Untersuchungen der Verhältnisse. —

Ueber die Durchführung der Maßnahmen zur Ermittlung der gewerblich beschäftigten Kinder wird aus Sachsen-Altenburg berichtet: Die Anordnungen, die hier für die Durchführung des Kinderschutzgesetzes getroffen sind, haben sich weiter bewährt und als ausreichend erwiesen, die Absichten des Gesetzes zu verwirklichen. Viermal im Jahre werden die Kinder in den Schulen von ihren Lehrern über ihre Beschäftigung befragt und entsprechende Listen angefertigt. Die Listen gehen an die Polizeibehörden, die danach ihre eigenen Zusammenstellungen prüfen und ergänzen können. Widersprüche und Unklarheiten werden durch sofortige Revisionen beseitigt. Bei den Polizeibehörden sieht auch die Assistentin des Gewerbeinspektors, zu deren Aufgaben der Kinderschutz in erster Linie gehört, die Listen ein und bestimmt danach ihre Revisionen. — Es fragt sich nur, ob die Angaben der Kinder in den Schulen der Wahrheit entsprechen. Wiederholt mußte die Beobachtung gemacht werden, daß die Eltern ihren Kindern die Anleitung gaben, ihre gewerbliche Tätigkeit zu Hause gegenüber den Lehrern zu verheimlichen.

Leider machen sich auch die Lücken und Mängel der Kinderschutzbestimmungen immer mehr bemerkbar. So gelang es in Mecklenburg-Schwerin in einem Falle langdauernder täglicher Beschäftigung nicht, die Bestrafung zu erzielen, da die Beschäftigung mit rein häuslichen Verdiensten untrennbar verbunden war. Ferner scheint nach Beobachtung desselben Berichterstatters für die Tätigkeit der Botengänger das Verfahren allgemeiner zu werden, daß die Geschäftsleute nur mit den Eltern, namentlich mit den Müttern, das Arbeitsverhältnis abschließen und diese dadurch beim Fortfall polizeilich auszustellender Arbeitskarten für die Beschäftigung der „eigenen“ Kinder verantwortlich machen. —

Die Verwendung galizischer Kinder in einer ländlichen Spinnerei hat, wie der Berichterstatter über Braunschweig mitteilt, wiederum Ende des Vorjahres zu Erörterungen in der Arbeiterpresse Anlaß gegeben. Wie bereits früher berichtet wurde, sind die fraglichen jugendlichen Personen vielfach hinter der Durchschnittsentwicklung gleichaltriger deutscher Arbeiter zurückgeblieben. Ferner ist die Verwendung der Kinder, die in nicht staubfrei zu haltenden Arbeitsräumen stattfindet, nicht als ganz einwandfrei anzusehen. Dazu kommt noch, daß die Arbeit der Kinder — das Auswechseln der Spulen in den engen Gängen zwischen den Spinnmaschinen — im Afford bezahlt und deshalb vielfach in Eile und Hast verrichtet wird. Der Berichterstatter erkennt daher an, daß hier ein Uebelstand vorliegt. — Auf der anderen Seite aber werde ein Eingreifen der Behörde durch den Umstand sehr erschwert, daß den einzelnen jungen Burschen und Mädchen, die nach ihren amtlichen Heimatspapieren und nach den im Vorjahre eingeführten Arbeiterlegitimationskarten 14 Jahre alt und darüber sind, von Ärzten bescheinigt ist, sie seien gesund und gemäß ihrer körperlichen Entwicklung für die zu verrichtenden Arbeiten geeignet. — Nachdem wiederholt der Ausschluß zu kleiner und schwächlich aussehender Personen verlangt und durchgesetzt ist, hat nunmehr die Kreisdirektion der Firma aus Gründen der Zweckmäßigkeit anheimgestellt, künftig nur solche jugendliche galizische Arbeiter zu beschäftigen, die mindestens das 15. Lebensjahr vollendet haben. Als völlig behoben ist aber der Mißstand infolge des Wechsels des galizischen Arbeiterpersonals nicht anzusehen. — Aus diesen Angaben des Berichterstatters

Wir fürchten nur, daß den gegenwärtigen Reichstagsparteien das Geld des Centralverbandes wenig nützen wird, um die Stimmen der Arbeitermassen zu erlangen, auf die es doch schließlich bei den Wahlen ankommt. Denn in der Tat sind diese Arbeitermassen so „mißgünstig“, den Wahlfonds des Centralverbandes für einen politischen Korruptionsfonds anzusehen, so daß jeder Kandidat ein toter Mann wäre, dem sich auch nur ein Pfennig angenommener Wahlgelder aus jenem Säckel nachweisen ließe. Vielleicht kommt der Scharfmacherverband dann doch zur Einsicht, daß es Geld allein wirklich nicht tut, sondern daß, wer die Massen gewinnen will, volkstümliche Grundsätze vertreten und auch danach handeln muß!

Gesetzgebung und Verwaltung.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in den kleineren Bundesstaaten über das Jahr 1908.

1.

Wertlose Berichte aus den meisten kleineren Bundesstaaten. — Hinzuziehen eines Arbeitervertreters zu den Revisionen der Betriebe durch die Beamten. — Die Tätigkeit des Sozialbeamten in den Rombacher Hüttenwerken. — Rücksichtslose Behandlung der Arbeiter während der wirtschaftlichen Krise. — Ungünstige Gesundheitsverhältnisse unter den Arbeitern. — Die Arbeiter sind schuld daran, weil sie keinen Notpfennig zurücklegen. — Maßnahmen zur Ermittlung der gewerblich beschäftigten Kinder. — Lücken der Kinderbeschäftigungen. — Mißstände bei der Beschäftigung galizischer Kinder. — Ausschreitungen jugendlicher Arbeiter.

In den kleineren Bundesstaaten haben die Gewerbeaufsichtsbeamten auch in diesem Jahre wieder meistens ganz wertlose Berichte erstattet. Eine Ausnahme bilden jedoch die Berichte über solche Bezirke, in denen sich größere Fabriken befinden, und die organisierten Arbeiter einen größeren Einfluß auf das öffentliche Leben haben.

So berichtet Herr Gewerbeberater Wegener in Bremen über einen sehr beachtenswerten Versuch, die Arbeiter zur Mitwirkung bei der Kontrolle der Betriebe heranzuziehen. Er weist auf die oft gehörte und immer wiederkehrende Bemerkung der Unternehmer hin, daß die Arbeiter nur selten mit Verbesserungsvorschlägen an sie heranträten und verhältnismäßig wenig Interesse für die sie angehenden Verhältnisse zeigten. Dies hat die Gewerbeinspektion veranlaßt, folgenden Versuch zu machen: Während bisher gewöhnlich nur der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter sich dem Beamten auf seinem Rundgang anschloß, hat sich auf Vorschlag der Gewerbeinspektion die Direktion eines großen industriellen Unternehmens bereit erklärt, neben einem Vertreter des Werks gleichzeitig einen Arbeiter zu der Revision abzuordnen, der die Wünsche der Arbeiterschaft vorzubringen und zu vertreten hat. Naturgemäß, bemerkt dazu der Berichterstatter, mußte die Wahl auf einen Mann fallen, der das Vertrauen seiner Mitarbeiter, hinreichende Sach-

kenntnis und ein objektives Urteil besitzt; daher wurden die Mitglieder des Arbeiterausschusses für die zu revidierende Abteilung herangezogen. — Wenngleich die Sache noch einen Versuch darstellt, dessen endgültiges Ergebnis abgewartet werden muß, so betrachtet die Gewerbeinspektion die Bereitwilligkeit und die Begründung, mit der die Betriebsleitung die Zustimmung zur Heranziehung der Arbeiter gegeben hat, sowie das Interesse, das die Arbeiter für den Versuch zeigen, als eine Gewähr dafür, daß aus dem Versuch eine dauernde Einrichtung wird, die geeignet ist, manche Wünsche zu erfüllen, bevor sie sich zu Beschwerden verdichten und Erregung hervorrufen. Der Berichterstatter hofft, daß sich weitere Kreise der Industrie zu diesem Verfahren entschließen werden und daß dieses dazu beitragen werde, die Ruhe und den Arbeitsfrieden in den Betrieben zu fördern.

Nach unserer Ueberzeugung ist die Voraussetzung dafür, daß das versuchte Verfahren sich weiter gut bewährt, eine starke Organisation der Arbeiter. Denn einzig und allein durch sie ist es möglich, daß sich der Vertreter der Arbeiter bei den Revisionen des Betriebs erlauben darf, auf etwaige Mißstände und die Mittel zur Beseitigung derselben hinzuweisen. Fehlt es aber an der starken Organisation der Arbeiter, und muß daher der Vertreter der Arbeiter befürchten, daß er gemahregelt wird, wenn er der Betriebsleitung unbequem wird, dann verliert er sicher sehr schnell den Mut, die Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Ja, oft genug wird dann der angebliche Vertreter der Arbeiter die Mißstände in dem Betriebe zu vertuschen oder mindestens zu entschuldigen suchen, also in dem entgegengesetzten Sinne tätig sein, als von ihm erwartet wird. —

In seinem vorigen Bericht hat der Berichterstatter über Lothringen mitgeteilt, daß die Rombacher Hüttenwerke einen besonderen, sozialpolitisch gebildeten Beamten angestellt haben. Der Beamte hat seine Stelle am 1. April 1908 angetreten. Ueber seine Tätigkeit heißt es jetzt in dem Bericht der Gewerbeinspektion: Der Beamte habe es verstanden, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben, die, ohne besonders darauf hingewiesen worden zu sein, ihn heute mit ihren Anliegen privater und geschäftlicher Natur bereits massenhaft in Anspruch nehmen, zum großen Verdruß der Winkelagenten. Die Arbeiter sind im allgemeinen gegenüber den geschäftlichen und rechtlichen Fragen, die an sie herantraten, sehr unbeholfen und bedürfen des uneigenmächtigen Rats und der Hilfe in reichlichem Maße, wofür sie sehr dankbar sind. Allein schon aus diesem Grunde müßten die größeren Werke, die das Vertrauen ihrer Arbeiter nicht einbüßen wollen, derartige Beamte anstellen. Bereits gegen Ende des Jahres war die Stelle des Sozialbeamten in Rombach eine derartige, daß er als geeigneter Vermittler zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Beilegung der Zwistigkeiten, die infolge der notwendigen Betriebs einschränkungen entstanden waren, ganz wesentlich beitragen konnte. Die Verbesserung einzelner Wohlfahrtseinrichtungen, die seiner Aufsicht unterstellt sind, ist ebenfalls auf seine Initiative zurückzuführen. Bis jetzt sind sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer mit dieser neuen sozialen Einrichtung sehr zufrieden, so daß deren Einführung allen anderen größeren Unternehmungen aufs wärmste empfohlen werden kann. — So der Berichterstatter. Ob er die Sache nicht überschätzt, wird die Zukunft zeigen.

geht hervor, daß die Beschäftigung der galizischen Kinder in jener Fabrik zu schweren Mißständen führt. Daher ist es sehr verdienstvoll von der Arbeiterpresse, daß sie dagegen Einspruch erhebt und Abhilfe fordert. Auch uns scheint es, daß die Behörden auf Grund der §§ 120a bis d der Gewerbeordnung viel tatkräftiger vorgehen müßten. —

Endlich sei die Klage des Berichterstatters über Sachsen-Meinungen angeführt, daß bei den jugendlichen Arbeitern ein Mangel an Achtung älteren Personen gegenüber sich immer deutlicher bemerkbar macht. Einer verdienten Zurechtweisung folge nur zu oft ein noch ungebührlicheres Betragen. Um nur einige besonders bezeichnende Fälle letzterer Art herauszugreifen, führt der Berichterstatter an, daß zweimal jugendliche Arbeiter, um die Unternehmer zu ärgern, die Telephondrähte zerschnitten haben und daß einmal ein jugendlicher Arbeiter eines Sägewerks in eine Bohle 7 Nägel einschlug, und Säge und Holz dadurch unbrauchbar wurden. — Wir hätten gewünscht, daß sich der Berichterstatter genauer über die Zustände in den Betrieben, in denen so unerhörte Ausschreitungen vorgekommen sind, erkundigt hätte. Denn bei richtiger Behandlung der jungen Arbeiter sind solche Fälle entweder ganz zu vermeiden oder wenigstens so selten, daß sie nicht als Beweise für eine allgemeine Beobachtung angeführt werden können.

Hanau a. M.

Gustav Hoch.

Das Genter System in Augsburg.

In Augsburg rüsten die liberalen Unternehmer, die Nährväter der gelben Organisationen, gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System. Eine gemischte Kommission aus Magistrats- und Gemeindevertretern hatte in Anlehnung an den Satzungsentwurf der bayerischen Regierung über die nötigen Vorarbeiten zu entscheiden. Gegen die Einführung des Genter Systems in Augsburg lief nun ein liberaler Unternehmervertreter Sturm, indem er der Gemeinde das Recht bestritt, städtische Mittel zum Schutz der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit zu verwenden und dadurch die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu stärken. Sie solle sich auf die Organisation des Arbeitsnachweises beschränken. Im übrigen könnte die Arbeitslosenversicherung nur durch Versicherungszwang eingeführt werden.

Infolge dieser Stellungnahme eines Vertreters der Industrie sah die Kommission zunächst von weiteren Schritten ab und beschloß Erhebungen bei den Industriellen und Arbeiterorganisationen zu pflegen, um deren Stellung zur Arbeitslosenversicherung zu erkunden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zahlungseinstellungen im Berliner Holzhandel. — Staatshilfe für die Kaliindustrie. — Stimmungsberichte aus dem Bergbau und Eisengewerbe.

In Berlin haben zwei erste Firmen, die im Holzgeschäft eine große Rolle spielen, ihre Zahlungen eingestellt: die Firma Julius Brühl jr. und die Kommanditgesellschaft Curt Vallentin. Was über diese Zahlungseinstellungen bekannt geworden ist, das legt die Vermutung nahe, daß unsere großen Banken in der Kreditgewährung nicht die Vorsicht walten lassen, die sachlich gerechtfertigt ist. Wenn es richtig ist, daß die Wechselverbindungen

der Firma Brühl zeitweise bis auf 10 Millionen Mark anstiegen, und wenn es weiter richtig ist, daß diesen Verpflichtungen gegenüber die liquiden Mittel in keinem auch nur annähernd richtigen Verhältnisse standen, dann muß man doch die Frage aufwerfen, wie ist es möglich, daß unsere führenden Banken durch weitestgehende Kreditgewährung eine Situation entstehen ließen, die beim geringsten Zwischenfall kritisch werden mußte. Ein Grund, daß es zu oft so weit kommt, dürfte in der Verteilung des Kredits auf eine Reihe von Finanzinstituten liegen. Keine der Banken weiß genau, wieviel die Firma von anderen Banken Kredit eingeräumt erhalten hat. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die einzelne Bank bei ihrer Kreditgewährung ganz vorfichtig operiert haben kann, daß aber bei dem Zusammenwirken vieler Banken die Summe der gewährten Kredite eine gefährliche Höhe annimmt. 13 verschiedene Institute sind an der Zahlungseinstellung der Firma Brühl mit zirka 4½ Millionen Mark beteiligt, keine aber höher als mit 500 000 M. Solange nun die Kreditgewährung anstandslos erfolgt und die fälligen Zahlungen in der Hauptstadt prompt erfolgen, kann ein solches auf Kredit aufgebaute Handelsgeschäft sehr wohl und sehr flott funktionieren, vorausgesetzt, daß nur gute Geschäfte mit sicheren Kunden gemacht werden. Aber irgend eine unerwartete Verlegenheit vermag die Bewildung der Geschäfte zum Stillstand zu bringen. Und hier tritt nun wieder klar eine neue Schattenseite der Geschäftspolitik der Großbanken zutage. In der Zeit der Geldabundanz sind sie mit ihren Krediten sehr entgegenkommend; tritt eine Spannung auf dem Geldmarkte ein, so wird gebremst. An sich ist dies eine ganz natürliche Operation, aber bei einer mechanischen Anwendung der Regel liegt stets die Gefahr vor, daß großes Unheil angerichtet wird. Es ergibt sich nach alledem eine ganz eigenartige Rolle der Banken: zunächst gewähren sie in je weitgehender Weise Kredit, machen erst die Umwälzung in gefährdender Höhe möglich; nachher aber sind sie die ersten, die die Hand von ihrem großgezügelten Kunden zurückziehen. Dann muß natürlich bei Firmen mit hohen laufenden Verpflichtungen, die nicht auf eigenen Füßen stehen, die Zahlungseinstellung erfolgen. Glücklicherweise dürften die Zahlungseinstellungen im Berliner Holzhandel die Warenherstellung nur wenig und vorübergehend beeinträchtigen. Der wieder ansteigende Geschäftsgang im Holzgewerbe dürfte keine nachhaltige Störung erfahren. Denn die Zahlungseinstellung wird mit Hilfe der beteiligten Bankfirmen eine Abwicklung der laufenden Geschäfte zur Folge haben, bei der nach allem, was man hört, größere Verluste ausgeschlossen sein dürften.

Für das neue Kalisyndikat wird mit Rücksicht auf die außenstehende Konkurrenz und namentlich mit Rücksicht auf die Vorzugsstellung der Amerikaner als Abnehmer großer Kaliantizitäten Staatshilfe verlangt. Die einen wollen sich mit einem Ausfuhrzoll auf Kali begnügen, durch den das Ausland allgemein zur Verwilligung höherer Kalipreise genötigt werden soll und wodurch namentlich die außerhalb des Schutzes betriebene Ausfuhr nach Amerika deswegen empfindlich betroffen würde, weil sie bei den in Frage kommenden Werken das Hauptgeschäft bildet, dem kein entsprechender Inlandsabsatz als Rückdeckung dient. Die anderen wollen eine Reichskontingentierung für die Kaliindustrie, durch die den Kaliwerken eine Produktionsquote zugebilligt und jedes Mehr mit einer

Steuer belegt würde. Dadurch hätte man gleichfalls die Möglichkeit, den nach Amerika liefernden Werken ihre freie Entfaltung stark zu beschneiden. Wir halten vorläufig beide Maßnahmen als zu weitgehend. So lange es möglich ist, daß die Kaliumwerte, die das Kampfsyndikat bilden, der außenstehenden nach Amerika liefernden Konkurrenz aus eigener Kraft Herr werden können, so lange sollte man staatliche Maßnahmen zum Schutze des Kaliumsyndikats überhaupt nicht in Erwägung ziehen. Und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß bei einem scharfen Preiskampf das Syndikat die außenstehenden Werke zu einer weitgehenden Nachgiebigkeit zwingen wird. Das neue Syndikat hat ja auch schon Vertreter nach Amerika geschickt, um solche Kampfmaßregeln an Ort und Stelle zu erwägen und sie wirksam vorzubereiten. Die finanzielle Wirkung eines solchen Preiskampfes auf dem amerikanischen Markte kann nicht so beträchtlich sein, daß dadurch die deutsche Kaliindustrie in ihrem derzeitigen Bestande besonders erheblich geschädigt würde.

Die Stimmungsbilder aus dem Kohlenbergbau und dem Eisengewerbe sind in letzter Zeit so aufdringlich, daß es angezeit erscheint, auf diese ungesunden Symptome aufmerksam zu machen. Wer die Lage in diesen beiden wichtigen Produktionszweigen fortlaufend verfolgt, dem kann es längst nicht mehr zweifelhaft sein, daß seit einiger Zeit eine Besserung der Marktlage zu beobachten ist. Wenn jetzt erst die großen Verbände, das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat und der Stahlwerksverband, in ihren Monatsberichten mit besonderer Unterstreichung die Besserung hervorheben, so könnte man darüber hinweggehen. Wenn aber ein Teil der Handelspresse diese uniditatsseitig gemachten Mitteilungen in einer Weise aufbauscht, als ob die Verbände etwas ganz Neues sagten, wenn dem Publikum der Kapitalisten diese Berichte in großen Leitartikeln vorgesetzt werden, so wirkt dies natürlich an der Börse in der Weise, daß die Kauflust und die Spekulation in Montanwerten von neuem angereizt wird. Nun hätten wir aber schon bis Ende September gerade in diesen Papiere eine übermäßige Haufe zu verzeichnen. Man weiß, daß die Erhöhung des Bankdiskonts bis zu einem gewissen Grade auch der Absicht entsprang, die Haufe auf dem Industrieaktienmarkt abzukühlen. Das gelang auch einige Zeit hindurch. Aber die günstigen, sich häufenden und übermäßig aufgetragenen Stimmungsbilder aus dem Kohlenbergbau und der Eisenindustrie haben die Nachfrage auf dem Montanaktienmarkt schon wieder derartig verstärkt, daß das Kursniveau von neuem eine Hebung erfährt, die nicht nur im Risikoverhältnis zu den voraussichtlichen Erträgen nicht, sondern auch den Lohnanteil der Arbeiterchaft ernstlich gefährden muß. Denn es ist doch ganz klar, daß, wenn das kommende Geschäftsjahr höhere Produktionswerte bringt, diese auch zu einem Teil den Arbeitern wieder zugute kommen müssen. Werden die Kurse der Montanwerte aber auf ein ungesundes Niveau hinaufgetrieben, so ist das erste Bemühen der Direktoren und Aufsichtsräte eine diesen höheren Kurse entsprechende Dividende zu verteilen und mit Zuwendungen an den anderen Produktionsfaktor, an die Arbeiterchaft, so zurückhaltend wie möglich zu sein.

Berlin, am 31. Oktober 1909.

Rich. Calwer.

Arbeiterbewegung.

Der amerikanische „Reichsverband“.

In Nr. 5 der „Neuen Zeit“ setzt Mautsky seine Angriffe gegen uns wegen des Empfanges des Vizepräsidenten des angeblichen amerikanischen „Reichsverbandes“ fort. Unsere Feststellungen, daß Gompers lediglich als Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zu den deutschen Gewerkschaften kam und als solcher von ihnen empfangen wurde, erwähnt Mautsky nicht. Vielmehr läßt er aus dem Zitat, das er unseren Ausführungen in Nr. 42 vom 16. Oktober entnimmt, diese ihm unbequemen Zeilen verschwinden. Diese von Mautsky ausgeschaltete Feststellung lautet:

„Wir haben uns nicht veranlaßt gesehen, auf diese Verdrückungen der tatsächlichen Verhältnisse zu antworten. Die Generalkommission und die deutschen Gewerkschaften haben es in Gompers lediglich mit dem Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zu tun. Gompers ist Vorsitzender einer gewerkschaftlichen Centralorganisation, der rund 2 Millionen organisierter Arbeiter angehören. Als deren Abgesandter und Vertreter kam er nach Deutschland, als solcher wurde er hier empfangen. Aber seine persönliche politische und gewerkschaftliche Tätigkeit ist er der amerikanischen Arbeiterchaft Rechenschaft schuldig, nicht uns.“

Zoweit die Gründe, die uns über die Angriffe in der Parteipresse hinweggehen lassen.

Nur die zwei ersten in Fettdruck hier wiedergegebenen Zeilen fand Mautsky des Zitierens wert. Die Begründung, weshalb wir auf die „Verdrückungen der tatsächlichen Verhältnisse“ nicht geantwortet hatten, brauchen seine Leser nicht zu wissen. Er hätte dann allerdings nicht sagen dürfen, wir hätten lediglich die sozialistischen Kritiker Gompers' „in Amerika und Deutschland beschimpft“.

Die gleiche Zitatenkunst betätigt Mautsky auch in einem zweiten unserem Artikel entnommenen Absätze. Wir hatten bezüglich der Civic Federation geschrieben:

„Wie sieht es nun mit dem amerikanischen „Reichsverbande“? Ist er wirklich gleich dem deutschen Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu diesem Zweck gegründet worden? Erfüllt er die gleichen Zwecke wie dieser? Der Sonderredner gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften und Partei durch eine schematische Bearbeitung der bürgerlichen Presse verleumdeter? Gompers müßte ja ein Idiot sein, würde er einer Organisation angehören oder gar deren Vizepräsident sein, die den amerikanischen Gewerkschaften in gleicher Weise entgegentreten würde wie der deutsche Reichsverband es macht. Oder glaubt man vielleicht, die amerikanischen Gewerkschaften würden sich das von ihrem verantwortlichen Beamten gefallen lassen?“

Die hier in Fettdruck wiedergegebenen Sätze hat Mautsky einfach überschlagen. Sie besagen nämlich, daß die amerikanischen Gewerkschaften noch nichts davon bemerkt haben können, daß Gompers der Vizepräsident eines sie bekämpfenden Reichsverbandes ist. Da aber die internationale Gewerkschaftsbewegung aus wohlverstandenen Gründen Verbindung mit den amerikanischen Gewerkschaften wünscht, muß deren Stellungnahme gegenüber ihrem ersten Vorsitzenden für uns zunächst schon im gewerkschaftlichen Interesse selbstverständlich maßgebend sein.

Zur Frage der Civic Federation hatten wir rein sachlich festgestellt, daß diese Organisation nicht wesensgleich ist mit dem deutschen Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sie ist vielmehr eine Organisation mit im wesentlichen den gleichen

den Politiker. Ich glaube, daß eine Civic Federation überall eine gute Einrichtung ist, wenn sie auf dem Prinzip der freien öffentlichen Zustimmung und Aussprache aufgebaut ist, und zwar von Männern, die ehrlich einen Ausweg aus den wirtschaftlichen und sozialen Uebeln zu finden versuchen, vorausgesetzt aber auch, daß sie in keiner Weise die Organisationen schwächt. Auseinandersetzungen und Deffentlichkeit können keinen Schaden anrichten, können dagegen auf der anderen Seite viel tun, um Mißbrauch und Verschwendung von Kraft, sei es die einzelner oder von Vereinigungen, zu verhüten. Eine Organisation der hier vorgeschlagenen Art in diesem Lande (England) würde jedenfalls die besten Elemente der öffentlichen Meinung vereinigen und so dazu führen, die Parteien zusammenzubringen und die Kluft zwischen Mann und Mann überbrücken helfen, die bis dahin eine Begleitercheinung der modernen Industrie infolge größerer Organisationen und Werte gewesen ist. Was nun die Schritte anbelangt, eventuell eine solche Organisation zu gründen, so muß ich darauf hinweisen, daß die Vertreter der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dieses Landes insgesamt schon früher sich im Prinzip dafür ausgesprochen haben. Herr Ritchie hat übrigens einen Vorschlag, der ähnliches enthält, vor drei oder vier Jahren unterbreitet, der auch vom parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses angenommen, von den Unternehmern insgesamt jedoch mit der Motivierung abgelehnt wurde, daß sie der Einmischung Dritter abhold seien. Die Arbeiter sind dabei in einer eigenartigen Lage. Ihre Stellung dazu ist günstig, und auch dafür bekannt, und es sollte daher scheinen, daß an die Unternehmer herangetreten werden müßte, wenn eine solche Vereinigung entstehen soll. Wenn eine einflussreiche Persönlichkeit beide Teile aufsuchen würde, würde ich den Vorschlag begünstigen und, mit Hilfe meiner Wähler, würde ich auch an der Federation mitwirken, wenn sie zustande käme."

Und Flynn, Delegierter des Verbandes der Schneider, erklärt zu der Tätigkeit der Civic Federation noch vorbehaltlos:

Nach meiner Ansicht erzeugt die von der Civic Federation unternommene Arbeit dauernde Wohltaten für die Allgemeinheit. Auf solcher Grundlage hat die Civic Federation ein endloses Tätigkeitsgebiet vor sich. Das Vertrauen der Arbeiterklasse wird nicht leichtfertig gegeben noch entzogen, und, während der Lohnarbeiter in der Hauptsache sich sein Leben selber verdienen muß, ist es erfreulich und ermunternd, zu wissen, daß, ganz außerhalb allen wirtschaftlichen Streites, die Macht der öffentlichen Meinung gebraucht werden kann, um gerechte und ehrenvolle Erlebigung solcher Streitigkeiten, die sonst zu bitteren und zerstörenden Kämpfen Anlaß bieten würden, herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Die Civic Federation hat meine Verantwortung. Es ist nicht leicht, zu sagen, inwieweit die Civic Federation gerade in England sich als nützlich erweisen würde. Die Vorbedingungen sind verschieden. Die gewerbliche Bewegung dieses Landes ist von Schlichtungsämtern und Schiedsgerichten durchsetzt. Zudem sind die Grenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, die ohne Konflikt nicht überschritten werden können, genau festgelegt und anerkannt. In Amerika sind solche Scheidelinien noch nicht einmal zu sehen. Das wirtschaftliche System macht erst seine Lebzeit durch. In England bedeutet Reichtum Ruhe und Bequemlichkeit, große Landgüter und einen vornehmen Titel. Der Amerikaner, der die erste Million erwarb, beginnt eben seine Karriere, seine wahre Zukunft liegt noch vor ihm. Ein Niedersteigen oder Rückwärtsgehen hieße geradezu die Vorsehung verstoßen.

Für mich persönlich hat der Gedanke, die edelsten Geister und die besten Kräfte auf wirtschaftlichem Gebiete zusammenzubringen, um der Entwicklung des Landes den Weg zu ebnen, etwas Faszinierendes. Aber dieses Ideal ist keineswegs ein englisches. Der allgemein herrschenden Ansicht in England könnte in der Tat nichts fremder erscheinen. Der schneller Wäghgang, Ballspiele, Gesellschaften, Fuchsjagden und ein lagenjämmerlicher Geschmach für Politik bilden, was man so im allgemeinen englisches Leben nennt. Alles andere gilt als banal. Es scheint mir zudem gar nicht, daß irgend eine Aenderung sich vorbereitet. Dennoch glaube ich, daß irgend ein Versuch gemacht werden sollte, und, soweit die natürlichen Grenzen dies erlauben, bin ich bereit, einen solchen Versuch zu unterstützen.

Ich bin für alle und jede Art von Organisation, welche den Streits ihren brutalen Charakter nimmt, und welche der

Bernunft und dem Rechte in wirtschaftlichen Kämpfen freie Bahn („fair play“) garantiert."

So lauten die Urteile von zwei englischen Sozialdemokraten, die wochenlang Amerika zu Studienzwecken bereisten und sich über diese Fragen vorurteilsfrei zu informieren suchten. Sie verbessern Kautskys Position gewiß nicht; auch entkräften sie in keiner Weise jenes von uns gebrachte Zitat aus dem „bürgerlichen Buche“, vielmehr wird jenes Urteil eines bürgerlichen Gelehrten von den beiden Genossen bestätigt.

Nach diesen Feststellungen der Tatsachen erscheint uns die Frage angebracht: Was soll der ganze Streit um die Civic Federation bezwecken? Unsere Stellung zu dieser Organisation ist seit bald acht Jahren öffentlich bekannt. Kautskys Versuch, jene Stellungnahme heute gegen uns auszuschlachten, ist völlig deplaziert. Es war kein anderer als der Vorsitzende der Generalkommission, Gen. Legien, der den amerikanischen Genossen Berger für seinen Berliner Vortrag auf jenen Artikel des „Corr.-Bl.“ aufmerksam machte und ihm die Nummer des „Corr.-Blattes“ zur Verfügung stellte, mit dem ausdrücklichen Hinweis, sich jenes Artikels in der Versammlung zu bedienen. Die Leser können ersehen, wie wenig auf die Deduktionen Kautskys zu geben ist.

Für uns ist der von Kautsky entfachte Streit um die Civic Federation an sich bedeutungslos. Die Generalkommission hat es nicht mit der Civic Federation, sondern mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund zu tun. Diese wiederholt erfolgte Feststellung überzieht Kautsky geistlich. Die Civic Federation kann in keiner Weise unsere Stellung zu den zwei Millionen in den amerikanischen Gewerkschaften organisierten Arbeitern beeinflussen. In deren interne Verhältnisse einzugreifen kommt uns nicht zu. Wer das „Corr.-Bl.“ liest, wird wissen, daß wir es stets abgelehnt haben, uns in die internen Verhältnisse der einzelnen Länder einzumischen. Das entspricht vollauf der Stellung, die die Generalkommission seit jeher auch gegenüber Amerika eingenommen hat.

Schon im Jahre 1905 hat die Generalkommission auf eine Einladung der von amerikanischen Sozialisten geschaffenen Sonderorganisation, der „Industrial Workers of the World“, zu deren Kongress Vertreter zu entsenden, ihre ablehnende Stellung folgendermaßen präzisiert:

Der Grund, Delegierte zu dem Kongress nicht zu senden, ist also nicht darin zu suchen, daß wir nicht mit der Bewegung sympathisieren, sondern wir halten es nicht für praktisch, in den Gärungsprozess, der sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Amerikas vollzieht, aktiv einzugreifen. Die Entsendung von Delegierten zu Ihrem Kongress käme aber einem aktiven Eingreifen gleich, da es sich für diese Delegierten nicht nur darum handeln würde, nur die deutschen Gewerkschaften zu repräsentieren, sondern sie wären verpflichtet, auch ihre Erfahrungen zum besten zu geben und so bei dem Aufbau der neuen Organisation mitzuwirken.

Die Centralstelle der Gewerkschaften Deutschlands hat aber stets den Grundsatz festgehalten, daß es nicht geraten ist, in die Entwicklung der Bewegung eines Landes vom Auslande aus einzugreifen, daß vielmehr diese Entwicklung sich unbehindert von äußeren Einflüssen vollziehen müsse."

Aufgaben wie etwa die Gesellschaft für soziale Reform in Deutschland. Wir wiesen ferner darauf hin, daß wir schon im Jahre 1902 unsere Auffassung über diese Organisation im „Correspondenzblatt“ dargelegt haben. Viel früher als die „Neue Zeit“ hatte das „Corr.-Blatt“ zu dem Zusammenwirken der Arbeiterführer mit den Kapitalisten in der Civic Federation Stellung genommen, und zwar schon gleich bei der Errichtung des Industrial Departments, in unserer zweiten Januarnummer 1902, während die „Neue Zeit“ erst sieben Monate später sich aus New York einen Artikel über das „Saager Schiedsgericht in den Vereinigten Staaten“ senden ließ. Kautsky wird daraus ersehen, daß es bei uns gar nicht erst seiner „Anregung“ bedurfte, eine uns verfehlt erscheinende Einrichtung abzulehnen. Verfehlt ist auch sein Versuch, einen Gegensatz zwischen dem „Corr.-Bl.“ von damals und dem von heute zu konstruieren. In unserem Hinweis auf die damalige Stellungnahme liegt für jeden Unbefangenen die Bestätigung, daß wir die Sache heute genau so beurteilen.

Trotzdem bringt Kautsky die Unterstellung fertig, wir legen uns „für die Civic Federation ins Zeug!“ Und „es sei eine böswillige Verleumdung, wenn ich diese ehrwürdige, friedliebende Körperschaft dem Reichsverbande gleichsetze!“

Eine „böswillige Verleumdung“ haben wir das nicht genannt, wie wir auch nicht von einer „ehrwürdigen, friedliebenden Gesellschaft“ gesprochen haben. Wohl aber ist die Gleichsetzung der Civic Federation mit dem Reichsverbande eine Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse. Dabei muß es bleiben. Daran ändert das Zitat aus einem Aufsatze der „Civic Federation Review“ zum amerikanischen Flaggentag, der sich in unflätiger Weise gegen die amerikanischen Sozialisten wendet, nichts. Kautsky hätte aus der gleichen Nummer des betreffenden Blattes aber auch einen langen redaktionellen Aufruf gegen die Erdrosselung der Rede- und Pressefreiheit und des Boykottrechtes durch die amerikanische Justiz anführen können, die soeben mehrere amerikanische Gewerkschaftsführer, darunter auch Gompers, zu langen Gefängnisstrafen wegen ihres Eintretens für das Boykottrecht verurteilt hatte. Gegen dieses Urteil wendet sich das genannte Blatt scharf; es fordert die gleichen Rechte für die Arbeiter wie für die übrigen Volksschichten.

Für den Reichsverbandscharakter der Civic Federation besagt das zweite von Kautsky angeführte Zitat aus einem persönlichen Zirkular Aug. Belmonts, Vorstandsmitglied der Civic Federation, ebensowenig, wie das Zitat aus dem Artikel „Flag Day“. Ein amerikanischer Kautsky könnte nach der gleichen Methode aus den Reden des früheren deutschen Ministers Freiherrn v. Berlepsch, besonders seinen Ministerreden zum § 153 der Gewerbeordnung, eine große Zahl von Zitaten entnehmen. Da v. Berlepsch sich wiederholt äußerst scharf gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen hat, wäre einfach daraus zu schließen, dieser Mann sei der Generalissimus der deutschen Reichsverbandsagitation. Dieser selbe Freiherr v. Berlepsch hat aber im vorigen Jahre als Vorsitzender der Schlichtungskommission im Holzgewerbe fungiert, ohne daß von Arbeiterseite jemand daran Anstoß nahm. Und er hat nach Schluß der schwierigen Verhandlungen öffentlich in der „Sozialen Praxis“ seine größte Hochachtung vor der Tätigkeit der Gewerkschaftsführer ausgesprochen. v. Berlepsch ist der Vorsitzende der Ge-

sellschaft für Soziale Reform, die ebenfalls eine scharfe Gegnerin der Sozialdemokratie ist. Dennoch wird es keinem vernünftigen Menschen einfallen, die Gesellschaft für Soziale Reform dem Reichsverbande des Herrn Liebert gleichzusetzen. Durch seine krampfhaften Bemühungen, die Identität der Civic Federation mit dem deutschen Reichsverbande nachzuweisen, verrät Kautsky lediglich, daß ihm der wirkliche Charakter des Reichsverbandes bisher nicht recht klar geworden ist.

Kautsky macht uns weiter zum Vorwurf, wir hätten aus einem „bürgerlichen Buche“ (1) ein Zitat gebracht, „in dem die Civic Federation in den Himmel gelobt wird“. Das Zitat selbst bringt Kautsky nicht, seine Leser würden daraus lediglich ersehen können, wie unberechtigt der ganze Vorwurf ist. Aus dem Zitat ist nur die Unfähigkeit der amerikanischen Behörden und Gesetzgebung ersichtlich, der Lage auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe gerecht zu werden. Weil ein öffentliches Einigungsweesen nicht vorhanden ist, fand die Civic Federation hier eine ihrer wesentlichsten Aufgaben. Das erklärt schließlich auch das Interesse der amerikanischen Gewerkschaften für diese Körperschaft.

Wir waren indes, wie Kautsky anzunehmen scheint, durchaus nicht auf das „bürgerliche Buch“ angewiesen, um diesen Charakter der Civic Federation nachzuweisen. Wir konnten uns ebenso gut oder noch besser auf europäische Sozialdemokraten beziehen, die aus eigener Anschauung sich über diese Frage ausgesprochen haben. Im Jahre 1902 besuchte eine Anzahl englischer Gewerkschaftsführer zu Studienzwecken Amerika, darunter auch die Genossen Barnes und Flynn, beide englische Sozialdemokraten. In dem Bericht über diese Reise, der unter dem Titel „Reports of the Masely Industrial Commission“ 1903 erschien, sind die Antworten zu den an die Mitglieder gestellten die Civic Federation betreffenden drei Fragen wiedergegeben. Die Fragen lauteten:

1. Billigen Sie die Arbeit der Civic Federation?
2. Könnte eine Organisation auf gleicher oder etwas abgeänderter Grundlage in England errichtet werden?
3. Befürworten die Delegierten, daß Schritte unternommen werden, um eine ähnliche Organisation in England ins Leben zu rufen?

Darauf antwortet Genosse Barnes folgendermaßen:

„Ich werde diese Fragen zusammenfassen. Die gewerkschaftliche Abteilung (Industrial Department) der Civic Federation besteht erst seit zwei Jahren oder etwas weniger. In dieser Zeit fallen zwei große wirtschaftliche Kämpfe in den Vereinigten Staaten. Die Abteilung bestand kaum zur Zeit des Streiks in der Stahlindustrie, und sie war eingermessen organisiert, als der Kohlenarbeiterstreik ausbrach. In letzterem Falle bot sie ihre Dienste an, doch wurden diese von den Bergwerksbesitzern oder den Arbeitern zurückgewiesen, doch macht sie Anspruch darauf, und ich glaube mit Recht, einige schlimmere Folgen, die aus diesem Streik hätten entstehen können, verhindert zu haben, und sie hat, so glaube ich, während jener Zeit, einen inneren wirksamen Einfluß auf das amerikanische öffentliche Leben und die öffentliche Meinung ausgeübt. Natürlich hatte ich vollkommene Gelegenheit bei deren Jahresversammlung möglich, die Leute an ihrer Spitze kennen zu lernen. Es sind die Vertreter der amerikanischen organisierten Arbeiterschaft, der Unternehmer, organisiert und nicht organisiert, sowie der besten Elemente (Kräfte) im öffentlichen Leben Amerikas. Ich sah und sprach viele von ihnen und hatte alle Ursache, deren Fähigkeit und Ehrlichkeit anzuerkennen. Es gibt jedoch höchstens ein Element, von dem ich annehme, daß es keine Kraftquelle sein wird, nämlich

Deutschen Unternehmer sehen in amerikanischen Fabrikationseinrichtungen vorbildliche Arbeitsmethoden, denen im Interesse des Profits nachgeahmt werden muß. Wir werden sicher für die nächsten Jahre in deutschen Fabriken mit der Einführung derartiger Neuerungen zu rechnen haben, die in amerikanischen Werkstätten bereits mit Erfolg erprobt worden sind.

Der Gewerkschaftsführer hat also auch diesen Fragen der industriellen Wirtschaftslehre sein Interesse zuzuwenden, um den Situationen des Gewerkschaftskampfes, der durch die Ausgestaltung des industriellen Lebens immer vielseitiger wird, gerecht zu werden.

Richard Woldt.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Bäckerverbandes hat zum 25jährigen Verbandsjubiläum eine Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung heraus, deren Fertigstellung soweit gediehen ist, daß das Inhaltsverzeichnis des zweibändigen Werkes im Verbandsorgan soeben veröffentlicht wird. Das Werk wird im Buchhandel zum Preise von 6 Mk. käuflich sein. Verbandsmitglieder erhalten es für ein Drittel des Selbstkostenpreises, also zum Preise von 2 Mk. Bestellungen sind bis zum 1. Dezember beim Verbandsvorstande aufzugeben.

„Die Gewerkschaft“ des Gemeindearbeiterverbandes bringt in der neuesten Nummer eine interessante Beilage, die einen Blick auf die Ausrüstung der Streikbrecher gestattet. Es werden die Nord- und Südqinstrumente abgebildet, die während des Streiks der Kieler Gemeindegewerkschaft abgenommen wurden. Nicht weniger als 9 Summischläuche mit den verschiedenartigen „Einlöcher“, ein scharfgeschliffenes Messer sowie 5 Reiver und eine Anzahl Patronen sind den Streikbrechern abgenommen worden. Bei dieser Ausrüstung der Streikbrecher ist es kein Wunder, wenn der Streik Krawalle provoziert werden. Ueber die weitere Fürsorge für die Streikbrecher unterrichtet die betreffende Beilage ebenfalls. Wir finden da die Abbildung Spielkarten, Speisemarken, Kolltabak und Ansichtskarten, die ihnen vom Kieler Magistrat gesendet wurden.

Bei der Arbeitslosenzählung des Maurerverbandes am 25. September wurden 161 337 Mitglieder befragt. Von den Befragten fanden am Zähltag in Arbeit 92,92 Proz., arbeitslos waren insgesamt 7,23 Proz., davon wegen Arbeitsmangels 4,58 Proz., wegen Witterungsverhältnisse 0,46 Proz. und erwerbsunfähig wegen Krankheit 2,19 Proz. 124 Zweigvereine haben trotz Mahnung die Berichtsbogen nicht eingesandt.

Die Adresse des Vorstandes des Schneiderverbandes ist ab 1. November Mehrfeldstr. 42 III, Berlin SO. 16.

Von den amerikanischen Gewerkschaften.

Der Verband der Kristallglasarbeiter (American Flint Glass Workers Union) hat im Berichtsjahr 1908—1909 seine Mitgliederzahl von 6994 auf 8120 erhöht. Die Beschäftigungslosigkeit ist noch immer sehr groß, aber doch weniger umfangreich als im vorigen Jahre, denn 1909 waren von allen Mitgliedern 1266 oder 16 Proz. arbeitslos, gegen 23 Proz. 1908. Verbandspräsident Rowe hat die europäischen Glasarbeiterorganisationen wieder-

holt über die Lage der amerikanischen Glasindustrie unterrichtet und vor der Auswanderung gewarnt. Dennoch sind auch im letzten Jahre von den Fabrikanten, welche die Gewerkschaft nicht anerkennen, Arbeitskräfte aus Europa bezogen worden. In die Flint Glass Workers Union können diese nicht Aufnahme finden. Vom Juni 1908 bis Mai 1909 machten die Einnahmen 61 154,92 Dollar aus, die Ausgaben 86 551,46 Dollar; sie waren um 25 396,54 Dollar höher als die Einnahmen. Das Vermögen ging von 220 458,44 Dollar auf 195 061,90 Dollar zurück. Die Unterstützung streikender und ausgesperrter Mitglieder kostete 21 145,77 Dollar; zur Unterstützung der von den Macbeth-Evans-Glasfabriken ausgesperrten Arbeiter wurden seit 1904 328 622 Dollar (1 350 000 Mk.) aufgewendet, davon im abgelaufenen Verwaltungsjahr 6859 Dollar.

Der amerikanische Maschinenbauerverband („International Association of Machinists“) hatte vom Juli 1907 bis Juni 1909 in 99 Betrieben Streiks zu führen; die bedeutendsten waren Ausstände in Eisenbahnwerkstätten. Kollektive Arbeitsverträge wurden in dieser Zeit mit 70 Eisenbahngesellschaften und — so weit bekannt — mit 44 anderen Maschinenbauern abgeschlossen; die Zahl der mit „anderen Firmen“ abgeschlossenen Kollektivverträge ist in Wirklichkeit größer, da im Berichte des Vorsitzenden nur die Verträge angeführt sind, von welchen Abschriften an die Verbandsleitung gelangten. Verträge betreffend die Verwendung der Gewerkschaftsmarke wurden mit 14 Firmen geschlossen. Die Einnahmen von Juni 1907 bis Mai 1909 betragen 981 883,29 Dollar, die Ausgaben 1 066 805,40 Dollar; am 31. Mai verblieb ein Vermögen von 98 731,11 Dollar. Eingenommen wurden aus dem Verkauf von Beitritts- und Beitragsmarken 763 857,90 Dollar (77,8 Proz. der Einnahmen), aus dem Verkauf von Bureauaterial an die Ortsvereine 12 730,80 Dollar (1,3 Proz.), für Abzeichen 171,19 Dollar, an Sondersteuern 185 568,86 Dollar (19 Proz.), für Anzeigen im Verbandsorgan und Subskriptionen 6822,38 Dollar (0,7 Proz.), an Vermögenszinsen 7410,10 Dollar (0,8 Proz.), an Beiträgen der Mitglieder im Hauptbureau („Grand Lodge“) 3852,79 Dollar (0,4 Proz.), für Sonstiges 453,27 Dollar. Nach der Beitragsleistung vom Dezember 1908 bis Mai 1909 berechnet, war die Zahl der vollzahlenden Mitglieder nur noch rund 50 000. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Beitritts- und Beitragsmarken an die Ortsvereine gingen von 235 418 Dollar im Halbjahr Juni-Dezember 1907 auf 165 452 Dollar im Halbjahr Dezember 1908—Mai 1909 zurück, was die starke Mitgliederabnahme in der Krisenzeit beweist. Von den Gesamtausgaben entfielen auf Ablebensunterstützung 95 431 Dollar (8,9 Proz.), Streik-, Aussperrungs- und Gemahregelunterstützung 654 746,50 Dollar (61,4 Proz.), Verwaltung des Hauptbureaus 29 387,83 Dollar (2,7 Proz.), Bezüge und Auslagen der Geschäftsführer 66 485,70 Dollar (6,2 Proz.), das Verbandsorgan 65 689,94 Dollar (6,2 Proz.), Sonstiges 155 064,43 Dollar (14,6 Proz.). Der Altersunterstützungsfonds verfügt erst über eine Summe von 26 027 Dollar. Die Zahl der Ortsvereine ist 696.

Der Verband der Spengler und Angehöriger verwandter Berufe („Amalgamated Sheet Metal Workers' International Alliance“) führte in der Zeit vom Juli 1907 bis Juni 1909 32 Streiks, an welchen 1600 Mitglieder beteiligt waren; erfolgreich verliefen 20 Streiks, teilweise erfolgreich 7, bei

Das war am 19. April 1905. Die gleiche Stellung nimmt die Generalkommission auch heute ein, woran der Versuch Kautskys, sie mit der Civic Federation in Verbindung zu bringen, nichts ändern wird.

Mit der C. F. haben wir nichts zu tun. Nur gegen den Versuch, sie als eine dem „Reichsverband“ gleichwertige Organisation hinzustellen und damit die ihr angehörenden Gewerkschaftsführer Amerikas als „Reichsverbändler“ zu stempeln, haben wir uns gewandt. Ob diese Gewerkschaftsführer dieser Organisation angehören sollen, darüber haben nicht wir, sondern die A. F. v. L. zu bestimmen. Mit dieser und nicht mit der C. F. haben wir Verbindung gesucht und gefunden und sie wird im Interesse der europäischen wie der amerikanischen Arbeiter aufrecht erhalten werden.

Wir haben hier nochmals versucht, ebenso wie in unserem Artikel in Nr. 42, in sachlicher Weise unsere Stellung in der strittigen Frage darzulegen. Wir glauben, daß dies in einer Weise geschehen, die weit davon entfernt von dem, was Kautsky über den Charakter unserer Polemik sagte, die nach ihm „nur ein paar Personen zuzuschreiben ist, denen im Falle Gompers eine Entgleisung passierte und deren persönliche Nachsicht darüber, daß diese Entgleisung offenkundig wurde, keine Grenzen kennt.“

Kautskys Artikel in der Nr. 5 der „Neuen Zeit“ zeigt wie dieses Zitat wohl eine ganz andere Tonart, die wir aber zu entschuldigen wissen.

Der „Vorwärts“ hat nun in Nr. 256 den Artikel A.s aus dem engen Rahmen der „Neuen Zeit“ gehoben und in die breitere Öffentlichkeit gebracht. Es geschah dies, wie die Redaktion in den einleitenden Worten sagt, „des sachlichen Interesses wegen“, das die Antwort A.s biete. Dies dürfte auch in der vorstehenden Antwort auf die Ausführungen A.s für die „Vorwärts“-leser vorhanden sein und wird deshalb nach dem in der sozialdemokratischen Partei geltenden Grundsatz, daß jede Meinung um ihrer selbst willen und nicht mit Rücksicht auf die Person, welche die Meinung äußert, Verbreitung findet, die Redaktion des „Vorwärts“ auch unsere Darlegungen ihrem Leserkreis wohl in gleicher Weise wie die A.s zur Kenntnis bringen.

Fabrikbetriebslehre!

Die deutschen Arbeitgeber haben in den letzten Jahrzehnten eine intensive Organisationsstätigkeit entfaltet. Nicht nur Arbeitgeberverbände, Kartelle, Trustbildungen sind in großem Umfange geschaffen worden, sondern auch im Innern der Fabrik selbst hat man gesucht, Regel und Ordnung in die Produktion zu bringen.

Der Unternehmer des alten Schlages, etwa noch aus der Zeit der Gründerperiode, war zuerst Techniker, ihm wurde die Aufgabe gestellt, die neuen Forschungsergebnisse der Naturwissenschaft auf das Gebiet der Technik praktisch anzuwenden, es galt, technisch konstruktiv tätig zu sein und technische Probleme zu lösen. Der Kostenpunkt der Fabrikate, die hergestellt wurden, spielte dabei zunächst keine Rolle. Jede Firma stand in ihrer Art konkurrenzlos auf dem Markt. Von dem Konsumenten mußten die Preise bezahlt werden, die der Fabrikant forderte. Mit dem stets zunehmenden Konkurrenzkampf wurden die Fabrikanten der gleichen Industriezweige jedoch gezwungen, nicht nur in der qualitativen Ausführung ihrer Fabrikate, sondern auch in deren Verkaufspreisen miteinander in Wettbewerb zu treten. So hat heute die Kalkulation, die Feststellung der

Selbstkosten der Fabrikate eine ganz andere Bedeutung als früher. Wer die Archive der großen Weltfirmen studieren könnte, würde erkennen, wie primitiv die großen Werke in ihren kaufmännischen Organisationen eingerichtet wurden. Als bei Werner von Siemens die erste Vogenlampe zu seiner Zufriedenheit durchkonstruiert war, hatte seine Vogenlampenfabrik eine Betriebsverfassung, über die sich ein Fabrikorganistator von heute entsetzen würde. Man befand sich noch in den Anfängen der Einzel-fabrikation, der teuren Werkzeuge und unrationellen Arbeitsmethoden. Für die kalkulative Feststellung der Fabrikate fehlte jede Uebersicht, man legte auf Lohn, Buchhaltung und Betriebsbuchführung wenig Wert.

Der Listenpreis einer Vogenlampe wurde nicht gemacht auf Grund einer sachgemäßen Kalkulation, auf Grund der wirklichen Selbstkosten, sondern von dem Konsumenten wurde der Preis nach der Situation des Marktes gefordert, ohne Rücksicht darauf, ob der betreffende Fabrikationszweig das Geschäftsjahr mit einem Verlust oder einem Gewinn in der Bilanz abschloß.

Die Fabrikbetriebslehre, die Wissenschaft von der Leitung und Verwaltung der Industriebetriebe wird gegenwärtig zu einer methodisch geregelten Disziplin ausgebaut. Literarisch ist diese Materie sehr eifrig bearbeitet worden. Die industrielle Zeitschriftenpresse gibt dafür die besten Beweise. In jeder Fachzeitschrift werden industrielle Organisationsprobleme erörtert, die Frage der Einführung neuer Entlohnungsmethoden usw. zur Diskussion gestellt, es gibt heute nicht weniger wie drei Zeitschriften (Werkstattstechnik, System, Organisation), die sich ausschließlich mit dieser Materie beschäftigen. Außerdem darf die neuere Buchliteratur auf diesem Gebiete ebenfalls nicht übersehen werden.

Da im industriellen Großbetrieb die Funktionen der Leitung und Verwaltung der Betriebe am besten übertragen werden, sucht die Industrie ihre Oberbeamten entsprechend auszubilden. Schon auf der technischen Hochschule beginnt man jetzt damit, neben den rein technischen Disziplinen die wirtschaftlichen Nebengebiete zu bearbeiten. Außerdem wird die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung von Unternehmerverbänden materiell unterstützt und veranstaltet in jedem Jahre Vortragskurse, die von besonderen Spezialisten aus den verschiedensten Gebieten gehalten werden und den in der Praxis stehenden Betriebsleitern eine entsprechende fachliche Weiterbildung gewähren sollen. Für die zukünftigen kaufmännischen Direktoren haben die Handelshochschulen die akademische Erziehungsarbeit übernommen. So zeigt sich überall das Bestreben, die großindustrielle Verwaltungsarbeit theoretisch auszubauen und die leitenden Beamten der industriellen Werke entsprechend theoretisch und praktisch auszubilden.

Diese Vorgänge im Unternehmerlager sind von uns eingehend zu verfolgen. Die nächsten Jahre werden nicht nur verschärfte Gewerkschaftskämpfe bringen, sondern im Betrieb selbst werden unsere Unternehmer die raffinierten Ausbeutungsmethoden und Kontrollsysteme anzuwenden suchen.

Unsere deutsche Fabrikorganisation steht unter dem Zeichen des Amerikanismus. Ich habe schon wiederholt auf die Gefahren dieses Amerikanismus für die Arbeiterbewegung hingewiesen. Amerika hat, durch die dortigen Erwerbsbedingungen unterstützt, den höchsten kapitalistischen Reifegrad unter allen Ländern bis jetzt erreichen können. Die

Schluß des Berichts noch unbeeendet waren 5. Die Mitgliederzahl ging von 16 700 am 30. Juni 1907 auf 15 300 am 30. Juni 1909 zurück, also um 1400. Während der zwei Jahre wurden 43 Ortsvereine neu gegründet und 3 reorganisiert; zu bestehen aufgehört haben 54, und es verbleiben noch 352 Ortsvereine. Am 30. Juni 1907 hatte der Verband ein Vermögen von 20 459,58 Dollar; dazu kamen an Einnahmen 125 228,64 Dollar (zusammen 145 688,22 Dollar). Ausgegeben wurden 104 110,69 Dollar, und zwar für Streikunterstützung 22 765 Dollar, für Ablebensunterstützung — in 230 Fällen — 23 000 Dollar, für die Agitation, das Verbandsorgan und die Verwaltung 58 345,69 Dollar. Am 30. Juni 1909 war ein Barvermögen von 41 577,53 Dollar vorhanden.

Dem Verbands der Metallpolierer, Drucker, Plattierer usw. („Metal Polishers, Buffers, Platers, Brass Molders and Brass and Silver Workers' International Union of North America“) gehörten am 31. Mai 1909 126 Ortsvereine an. Ueber die Mitgliederzahl wird nicht berichtet. Die Einnahmen beliefen sich in den letzten zwei Verwaltungsjahren auf 93 728,89 Dollar, die Ausgaben auf 94 352,11 Dollar, das Vermögen nahm von 1641,55 Dollar im Juni 1907 auf 1018,33 Dollar im Mai 1909 ab. Die Streiks kosteten 30 826 Dollar, die Ablebensunterstützung erforderte 5750 Dollar, die Herausgabe des Verbandsorgans 9723 Dollar, die Auslagen der Distriktsräte stellten sich auf 11 876 Dollar usw.

Im Modellmacherverband („Pattern Makers' League of North America“) wurde mit dem 1. Oktober d. J. der Mitgliedsbeitrag von mindestens 25 Cents (1,05 Mk.) auf 40 Cents (1,70 Mk.) in der Woche erhöht; an die Hauptkasse sind davon wöchentlich 20 Cents (früher monatlich 75 Cents) abzuliefern. Mit der gleichzeitig erfolgten Abschaffung der Distriktsorganisationen wurde die Zentralisation verstärkt. Alle über 45 Jahre alten Personen, die dem Verband vom 1. Oktober ab beitreten, haben auf Kranken- und ihre Hinterbliebenen auf Ablebensunterstützung keinen Anspruch; sie zahlen einen Wochenbeitrag von 35 Cents (früher die im Alter von über 50 Jahren Beigetretenen nicht weniger als 15 Cents).

Dem Internationalen Verband der Brauereiarbeiter Amerikas schlossen sich während des Verwaltungsjahres 1908/09 neun Ortsvereine neu an, 16 Ortsvereine schieden aus, hörten zu bestehen auf oder wurden mit anderen Ortsvereinen verschmolzen. Die Zahl der Ortsvereine war Anfang September 366 (mit 187 Zweigstellen). Die Mitgliederzahl stieg von 42 570 auf 45 233. Von den Mitgliedern waren 14 160 Brauer, 478 Lehrlinge, 2070 Mälzer, 266 Böttcher, 14 126 Bierfahrer, 9759 Flaschenfüller, 3085 Maschinisten und Heizer, 1087 Tagelöhner und 202 Brennereiarbeiter. Aufgenommen wurden im letzten Jahre 4954 Mitglieder. Der Verbrauch von Gewerkschaftsmarken des Verbandes fiel von 44 Millionen Stück im Jahre 1907/08 auf 38 Millionen Stück im Jahre 1908/09; das war teils die Folge lässiger Agitation, teils die Folge der sich rasch ausbreitenden Bewegung zum Verbot alkoholischer Getränke. Den Agitatoren in dieser Beziehung macht der Brauerverband den Vorwurf, daß sie „im Interesse des Großkapitalismus rastlos tätig sind, um die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse zu verringern. Wir behaupten und haben Beweise, daß diese Verbotsagitation mit dem Gelde der großen Unternehmungen betrieben wird, welche ein Heer

von Lohnsklaven beschäftigen, um dieselben bedürftiger zu machen“.

Der Vereinigte Bergarbeiterverband („United Mine Workers“) hatte im September d. J. 246 652 Mitglieder. Anschlußurkunden wurden vom September 1908 bis August 1909 an 163 Ortsvereine ausgegeben, 167 Ortsvereine traten aus oder hörten zu bestehen auf. Für Streiks und Aussperrungen gab die Organisation in dieser Zeit 472 189 Dollar aus.

Eine Spaltung innerhalb der Bruderschaft der Elektrizitätsarbeiter scheint recht bedenkliche Folgen haben zu sollen, und es ist deshalb angebracht, hier die Sache kurz zu erwähnen. Im Jahre 1905 wählte der Verbandstag der Elektrizitätsarbeiter die Mitglieder Mac Kulty zum Centralvorsitzenden, Collins zum Centralsekretär und Sullivan zum Schatzmeister. Bald darauf stellte sich heraus, daß die Geschäfte der Organisation vernachlässigt wurden und daß sich der Sekretär eigenartige Manipulationen mit ihrem Gelde gestattete. Das veranlaßte die Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages im September 1908 zu St. Louis. Mac Kulty und Collins protestierten gegen den Verbandstag und blieben fern. Sie wurden ihrer Ämter enthoben und durch J. J. Reid und J. W. Murphy ersetzt. Die erstgenannten weigerten sich jedoch, dem neugewählten Vorstand Zutritt zu den Geschäftsräumen zu gewähren. Die Konvention der American Federation of Labor (Amerikanischer Arbeiterbund), die hierauf stattfand, wollte die Angelegenheit schiedsgerichtlich beigelegt haben, aber parteiisches Vorgehen bei der Untersuchung der Gründe des Zwistes führte dazu, daß die „Reid-Fraktion“ des gespaltenen Verbandes — an die vier Fünftel der Ortsvereine ihre Beiträge zahlen — die Anerkennung des Schiedspruches ablehnte. Nun trat der Ausschuß der A. F. of L. mit hervor, daß er sich auf die Seite der abgewiesenen Beamten des Elektrizitätsarbeiterverbandes stellte und sie mit ihrem kleinen Anhang als die richtige Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter bezeichnete, die anzuerkennen sei. In jüngster Zeit wurden dann vom Sekretär Morrison mehrere Gewerkschaftskartellen und Staatsverbände der Gewerkschaften aus der A. F. of L. ausgeschlossen, welche Delegierte der „Reid-Fraktion“ der Elektrizitätsarbeiter zugelassen hatten, und gleichzeitig die nationalen und internationalen Verbände angewiesen, ihre Delegierten aus den solcherart bestraften Gewerkschaftskartellen und Staatsverbänden zurückzuziehen. Der Aufforderung wird nicht allgemein entsprochen. Dennoch verlautet, daß gegen andere Kartelle und Staatsverbände ebenso verfahren werden solle. Nun besteht die Gefahr, daß die in den ausgestoßenen Kartellen und Staatsverbänden vereinigten Ortsgruppen von Centralverbänden aus diesen der A. F. of L. angehörigen Verbänden ausscheiden und eigene Centralverbände bilden. Dann wäre der Zustand erreicht, den die Unternehmerorganisationen und andere Gegner der Gewerkschaften schon lange herbeiführen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Der Streik im Mansfelder Bergrevier dauert unbeeinträchtigt fort. Ein neuer Versuch der streikenden Arbeiter, den Frieden herbeizuführen, scheiterte an dem Widerstand der Direktion.

Diese besteht auf ihrer Forderung der Entäußerung des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter. Sie fordert als Bedingung des Friedensschlusses, daß die Arbeiter ihre Verbandstatten zerreißen sollen. — Eine frechere Verhöhnung der Arbeiterrechte ist kaum denkbar. Mit vollem Recht wirft die „Nisse“ demgegenüber die Frage auf, „wie lange soll aber noch der Krieg wegen der intransigenten Haltung eines einzelnen Verwaltungsbeamten dauern?“ Die Haltung dieses Beamten, des Direktors Vogel, zeigt nicht nur intransigent, sondern sie zeugt von einer flagranten Unfähigkeit, einen modernen Industriebetrieb mit zwanzigtausend Arbeitern zu leiten. Dieser Herr, der das moderne Arbeitsverhältnis vom Standpunkt des Reserveoffiziers betrachtet und von den Arbeitern fordert, sie sollen ihn gewissermaßen als König anerkennen, hat durch seine „Schneidigkeit“, die die Unfähigkeit verdecken soll, den erbitterten Kampf heraufbeschworen. Ihm ist das Gesetz, das die Koalitionsfreiheit in Deutschland festlegt, gleichgültig; wie ein absoluter König will er selbst Gesetze machen. Und so fordert er in seiner Ueberhebung die Vernichtung der Mitgliedschaften.

Unter der Arbeiterschaft beginnt nunmehr eine systematische Abwanderung Platz zu greifen. Bei der Streikleitung sind günstigere Arbeitsangebote, als sie die Mansfelder Gewerkschaft bietet, eingelaufen. Die unverheirateten Arbeiter wollen diese akzeptieren und im Laufe der kommenden Woche abwandern, falls eine Einigung zuvor nicht zustande kommt. Dadurch werden zunächst zirka 1000 Arbeiter das Mansfelder Revier verlassen. So verlieren die Gewerkschaften ihre jüngeren, leistungsfähigsten Arbeitskräfte.

Eigenartig berührt das Verhalten der Stadt Leipzig, die eine der Hauptaktionäre der Mansfelder Bergwerke ist. Die Stadtverwaltung hat eine Interpellation der Sozialdemokraten abgelehnt, die ein Eingreifen des Leipziger Oberbürgermeisters forderte. Der Oberbürgermeister ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Mansfelder Gewerkschaft, er ist also mitverantwortlich für die jetzigen Zustände und die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Stadtverwaltung erklärt indes, diese Tätigkeit des Oberbürgermeisters sei eine private, sie könne dabei nichts tun. Und der Oberbürgermeister selbst — schweig. Das ist überaus bezeichnend für die Auffassung der Pflichten der Leipziger Stadtverwaltung als Verwalterin des Vermögens der hiesigen Bevölkerung.

Im südwestdeutschen Holzgewerbe ist nunmehr der Frieden zustande gekommen. Die Unternehmer haben den Kampf verloren. In Frankfurt a. M. ist die 52stündige Arbeitswoche zustande worden sowie eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf. und weitere 2 Pf. während der Vertikaldauer. In Mannheim-Ludwigshafen wird am 1. April 1911 die 53stündige Arbeitswoche durchgeführt, die Lohnerhöhung beträgt 3 Pf. pro Stunde; in Heidelberg wird die Arbeitszeit auf 56 Stunden pro Woche verkürzt, der Lohn um 2 Pf. erhöht.

Arbeiterversicherung.

Lungentuberkulose als Unfallfolge.

Die Ueberlastung des Reichsversicherungsamtes ist unbestritten und allseitig anerkannt. Die Schuld für diese bedauerliche und nur die Arbeiter schädigende Tatsache wird sowohl von denen, die aus

ihrer Arbeiterfeindschaft kein Hehl machen, wie auch von manchen anderen, die sich als Arbeiterfreunde gerieren, den Arbeitern selbst in die Schuhe geschoben. Es wird den Arbeitern zum Vorwurfe gemacht, daß sie nicht nur wegen jeder „Kleinigkeit“, sondern auch in ganz „aussichtslosen“ Sachen bis an das Reichsversicherungsamt gehen und dadurch die Ueberlastung herbeigeführt haben.

Tatsächlich sind jedoch nur die Berufsgenossenschaften an der Ueberlastung des Reichsversicherungsamtes schuldig, und zwar in erster Linie dadurch, daß sie durch die von ihnen beliebte Rentendrückerei die Arbeiter zwingen, von dem Rechtsmittel der Berufung und eventuell auch dem des Rekurses Gebrauch zu machen; in zweiter Linie dadurch, daß sie selbst in manchen für sie tatsächlich so gut wie aussichtslos liegenden Fällen gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte das Rechtsmittel des Rekurses ergreifen.

Einen solchen Fall will ich nachstehend mitteilen.

Der Müllergeselle B. in Gera litt an einem leichten, vorwiegend rechtsseitigen Lungen(spitzen-)katarrh, verbunden mit leichter Rippenfellentzündung. Wegen dieses Leidens wurde er auf Veranlassung des behandelnden Arztes, Dr. Heß in Untermaus, am 5. November 1906 in die Lungenheilstätte Löstau bei Magdeburg aufgenommen und am 2. Februar 1907 von dort als bedeutend gebessert entlassen. In dem später anhängig gewordenen Unfallrentenstreitverfahren gab der Chefarzt der Heilstätte Löstau, Dr. Wagner, ein Gutachten dahin ab, daß erstens das Lungenleiden B. während seines Aufenthaltes in der Heilstätte als ein sehr geringfügiges erkannt worden war, und daß zweitens die Krankheit durch die Behandlung in der Heilstätte noch geringfügiger geworden war. Das Gutachten spielt in dem Unfallrentenverfahren eine so hervorragende Rolle, daß ich seinen wesentlichsten Inhalt wörtlich wiedergeben will:

„Bei B. bestanden während seines Aufenthaltes in hiesiger Heilstätte nur sehr geringfügige Erscheinungen an beiden Lungen, deren physikalische Natur bei gleichzeitigem Fehlen des Tuberkelbazillennachweises im Auswurf aber nicht derart zuverlässig war, daß damals bei B. Lungentuberkulose als mit Sicherheit nachgewiesen angenommen werden konnte, sondern nur die Wahrscheinlichkeit bezw. der Verdacht einer solchen bestand. Nach beendeter Heilstättenbehandlung waren die Erscheinungen an den Lungen noch geringfügiger geworden, so daß bei der Entlassung B. über beiden Lungenspitzen nur abgeschwächtes Riemgeräusch konstatiert werden konnte. Dabei war bei seinem Fortgang von hier der Allgemeinzustand des Behandelten ein so guter, daß nicht wohl angenommen werden konnte, B. werde in so kurzer Zeit (1—2 Monate) derartig schwer an Lungentuberkulose erkranken, wie es jetzt den Ärzten nach der Fall zu sein scheint.“

Es dürfte deshalb hier die Berechtigung zur Annahme einer Unfallfolge durchaus und in erster Linie bestehen.“

B. hatte nämlich am 9. März 1907 einen Betriebsunfall erlitten — einen Monat nach seiner Entlassung aus der Lungenheilstätte Löstau. Er war auf einer Mühlentreppe ausgeglitten und zu Fall gekommen. Mit der linken Brustseite war er auf eine Stufe gestürzt und hatte sich dabei eine Quetschung der Weichteile und der Knochenhaut der linken Brustkorbhälfte zugezogen. Eine Knochenverletzung lag, wie eine Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen ergab, nicht vor. Der Unfall ereignete sich morgens um 3 Uhr bei der Nachtarbeit. Die unmittelbare Folge des Unfalles waren heftiges Schmerzgefühl, leichtenblasses Aussehen, Appetitlosigkeit und unruhiger Schlaf, in weiterer Folge Bluthusten.

nicht wohl angenommen werden konnte, B. werde in so kurzer Zeit (1—2 Monate nach der Entlassung aus der Heilstätte) derartig schwer an Lungentuberkulose erkranken. . . . Es dürfte deshalb hier die Berechtigung zur Annahme einer Unfallfolge durchaus und in erster Linie bestehen“.

Mit solchem Material ausgerüstet, unternahm die Berufsgenossenschaft den Rekurs. Davon aber, in welchem Maße die Berufsgenossenschaften die Arbeit des Reichsversicherungsamtes vermehren und zur Ueberlastung beitragen, schweigt des kapitalistischen Sängers Höflichkeit. Die Arbeiter sind immer die Schuldigen.

Der Rekurs der Berufsgenossenschaft wurde verworfen.

Gera-Reuß.

Felix Fraenkel.

Kartelle und Sekretariate.

Zur Herausgabe umfangreicher Sekretariatsberichte.

Genosse G. Hoch hat in Nr. 43 des „Correspondenz-Blattes“ den Vorschlag zur Diskussion gestellt, die Arbeitersekretariatsberichte für das Jahr 1909 allgemein möglichst umfangreich und ausführlich erscheinen zu lassen, und zwar zu dem Zweck, Material zur Bekämpfung der Reichsversicherungsordnung von allen Sekretariaten zu erhalten. Ueber die Notwendigkeit, alles verfügbare Material dem gedachten Zweck nutzbar zu machen, ist eine Debatte unnötig, da dies selbstverständlich ist. Der Weg aber, den uns Gen. Hoch vorschlägt, ist nicht zweckmäßig. Was er zur Begründung seines Vorschlags vorbringt, scheint mir viel mehr dagegen zu sprechen. Ein Teil der Sekretariate haben aus finanziellen und anderen Gründen die Berichte im Umfang beschränkt, wie Hoch sehr richtig bemerkt. Sollten diese nun im laufenden Jahre wieder einen größeren Bericht geben, bedeutet das ein Zurückgehen auf die aus sehr triftigen und wohlwollenen Gründen aufgegebene Gepflogenheit. Die den Sekretären erwachsene Mehrarbeit soll hierbei nicht gerechnet werden, da sie eben geleistet werden muß, wenn zwingende Gründe dafür sprechen. Die Gründe sind aber nicht zwingend, jetzt zur Bekämpfung der Reichsversicherungsordnung an jedem Ort, wo ein Sekretariat besteht, einen Bericht extra herauszugeben. Es liegt auf der Hand, daß die Berichte über die wichtigsten Fragen naturgemäß Wiederholungen bringen müssen. Dies kann sich bei allen 100 Berichten herausstellen, bedeutet aber eine ungeheure Strauß-, Zeit- und Geldverschwendung. Zudem erscheinen gewohnheitsmäßig die Berichte zu den verschiedensten Zeiten; im Januar kommen einige Vorkämpfer, im Februar folgen auch nur 6—7 nach, das Gros der Berichte kann aus den verschiedensten Gründen erst in den Monaten März und April erscheinen, und in den folgenden Monaten bis zum September hinaus kommen immer noch einzelne Berichte nach. Außerdem geben nicht alle Sekretariate alljährlich einen Bericht heraus, und ob sie willens und in der Lage sind, in diesem Jahr, wo obnebin durch Mindereinnahmen und Unterstützungen der verschiedensten Art usw. die Kartellisten sehr mitgenommen, manche sogar ziemlich erschöpft sind, die größere Ausgabe von 600—1000 M. extra zu leisten, muß billig bezweifelt werden. Soll aber, nach dem Vorschlage des Genossen Hoch die Generalkommission obnebin Gelder für den Zweck zur Verfügung stellen, ist nicht einzusehen,

warum diese Mittel in den einzelnen Berichten mit ihren Wiederholungen und zeitlich weit auseinander liegenden Erscheinungszeiten verzettelt werden sollen. Die Stoßkraft der Aktion wird abgeschwächt, wenn nicht schon beim Beginn derselben das gesamte Material vorliegt, sondern die Redner, auch in der Fraktion, sich nach und nach erst alles zusammensuchen, immer und immer wieder ergänzen sollen. Das gibt nie ein klares Bild, ist eine ungeheure Arbeit und kommt zudem zum größten Teil noch viel zu spät.

Unter diesen Verhältnissen gewinnt der Vorschlag des Genossen Mattutat, durch eine geeignete Stelle das wichtigste Material aller Sekretariate einheitlich bearbeiten und herausgeben zu lassen, erhöhte Bedeutung und ist der einzige Weg, alle die Nachteile zu vermeiden, die ich oben kurz skizziert habe. Als zuständige Stelle sehe ich für diese Arbeit die Generalkommission an, möchte daher in aller Form diesen Vorschlag ihr unterbreitet haben und zugleich zur Diskussion stellen. Wird in den einzelnen Sekretariaten schon in den nächsten beiden Monaten das Material gesichtet, kann es beim Erscheinen der Reichsversicherungsordnung noch eventuell ergänzt oder berichtigt und sofort nach Berlin eingesandt werden. Wir erreichen auf diesem Wege, und nur auf diesem, das, was uns allen sehr am Herzen liegt und auch die Veranlassung zu dem Vorschlage des Genossen G. Hoch ist, alle verfügbaren Kräfte und alles Material sehr schnell, gut gesichtet der Bekämpfung der reaktionären Pläne der Reichsregierung entgegenstellen zu können.

M. Kette-Stuttgart.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat Oktober 1909 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. der Dachdecker für 1908	720,00 M.
„ „ Transportarbeiter für 3. und 4. Quartal 1908	5818,10 „
„ „ Gutmacher f. 1. u. 2. Qu. 1909	501,00 „
„ „ Lederarbeiter für 1. und 2. Quartal 1909	590,00 „
„ „ Schneider f. 1. u. 2. Qu. 1909	2591,00 „
„ „ Zivilmusiker für 1. und 2. Quartal 1909	113,08 „
„ „ Gemeindearbeiter für 2. Qu. 1909	1049,28 „
„ „ Kupferschmiede f. 2. Qu. 1909	153,96 „
„ „ Maler f. 2. Qu. 1909	1400,00 „
„ „ Maurer f. 2. Qu. 1909	7971,45 „
„ „ Schmiede f. 2. Qu. 1909	527,60 „
„ „ Tapezierer f. 2. u. 3. Qu. 1909	278,00 „
„ „ Steinarbeiter f. 3. Qu. 1909	600,00 „
„ „ Bäcker f. 3. Qu. 1909	574,32 „

An Unterstützungsgeldern für den allgemeinen Ausstand in Schweden gingen ein in der Zeit vom 17.—30. Oktober 1909:

a) Von den Vorständen der Centralverbände:

Bauarbeiter 163,35, Zimmerer 1681,42 M.

b) Von den Gewerkschaftskartellen:

Cassel 300,—, Dietrichsdorf 290,—, Bayreuth 53,75, Würzen 19,65, Wolfenbüttel 60,—, Solingen 316,65, Meissen 100,—, Regensburg 41,05, Dranienburg 80,45, Johanngeorgenstadt 209,—, Oldesloe 80,—, Oberlungwitz 32,—, Bernau 50,—, Hamburg 9600,—, Chemnitz 324,30, Kiel 4000,—, Rostock 400,—.

Schwere Arbeiten konnte B. nun nicht mehr verrichten, und trotz vorübergehender scheinbarer Besserung verschlimmerte sich sein Krankheitszustand nach und nach so, daß ihn Dr. Heß am 7. August 1907 für völlig erwerbslos erklärte. Während die leichte Lungenerkrankung vor dem Unfalle hauptsächlich rechtlich aufgetreten war, verursachte das schwere Lungenleiden nach dem Unfalle fast nur linksseitige Beschwerden.

Einige Tage nach dem Unfalle meldete B. auf Veranlassung des behandelnden Arztes den Unfall bei der Sektion 16 (Thüringen) der Mülerei-Berufsgenossenschaft in Weimar und beantragte, ihm eine angemessene Rente zu bewilligen. Um so überraschender war es, daß die Berufsgenossenschaft den Rentenanspruch als unbegründet zurückwies, weil B. von der 14. Woche nach dem Unfalle ab nicht mehr als erwerbsunfähig anzusehen gewesen sei.

Der Bescheid vom 22. August 1907 wurde durch Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Gera angefochten. Das Schiedsgericht betraute den vereidigten Schiedsgerichtsfachverständigen Dr. Gerhardt in Gera mit der Untersuchung des Klägers und der Abgabe eines Gutachtens. Der Sachverständige gelangte zunächst zu dem Ergebnisse, daß die Klagen des Verletzten durch den Befund durchaus bestätigt worden seien, da er an Lungentuberkulose leide, daß aber ein ursächlicher Zusammenhang dieses Leidens oder einer Verschlimmerung desselben mit dem Unfalle nur anzunehmen sei, wenn durch Befragen der behandelnden Ärzte in der Lungenheilstätte festgestellt werde, daß zur Zeit des Aufenthaltes Bs. in der Anstalt im Gegensatz zu dem jetzigen Befunde die linke Lunge gänzlich oder wenigstens fast frei von Krankheitsherden gewesen ist und die Erkrankung des rechten Lungenflügels überwiegend war.

Nachdem dann das Gutachten des Chefarztes der Lungenheilstätte Postau, Dr. Wagner (siehe oben) in diesem Sinne ausgefallen war, erkannte der Schiedsgerichtsfachverständige Dr. Gerhardt die Möglichkeit an, daß die dem Unfalle gefolgte Verschlimmerung in dem Zustande des Verletzten ursächlich auf den Unfall zurückzuführen sei; aber ein genaueres Urteil über diese Frage könne nur der behandelnde Arzt abgeben. Dessen Gutachten lautete darauf ähnlich dem des Schiedsgerichtsfachverständigen.

Auf Grund der vorliegenden drei ärztlichen Gutachten sprach das Schiedsgericht dem Kläger eine Rente, und zwar von 50 Proz. der Vollrente, zu, indem es begründend ausführte, es habe aus der Sachlage und den ärztlichen Gutachten die Ueberzeugung gewonnen und als unbedenklich angenommen, daß mit überwiegender Wahrscheinlichkeit die Verschlimmerung des Lungenleidens nur auf den Sturz auf der Mühlentreppe zurückgeführt werden könne.

Es lagen also nicht weniger als drei ärztliche Gutachten vor, von denen zwei sich für die Möglichkeit des ursächlichen Zusammenhanges des Unfalles mit dem Lungenleiden bzw. der eingetretenen Verschlimmerung desselben aussprachen, während das dritte und wichtigste der Gutachten, nämlich das des Chefarztes einer Lungenheilstätte, die überwiegende Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges zum Ausdruck brachte.

Man sollte nun meinen, daß sich die Berufsgenossenschaft angesichts einer solchen Sachlage bei der Entscheidung des Schiedsgerichts beruhigt hätte;

denn es handelte sich hier um einen der wenigen Fälle, in denen mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden konnte, daß das Reichsversicherungsamt zu keiner anderen Entscheidung würde kommen können.

Nichtsdestoweniger legte die Berufsgenossenschaft Rekurs ein und trug dadurch in einer für sie fast hoffnungslosen Sache zur Ueberlastung des Reichsversicherungsamtes bei. Und wie begründete die Berufsgenossenschaft den Rekurs? Sie suchte gegen die Gutachten dreier Ärzte, die den Verletzten untersucht und von denen zwei ihn behandelt haben, dadurch Sturm zu laufen und sie, als mit der ärztlichen Erfahrung im Widerspruch stehend, zu erschüttern, daß sie ein neues Gutachten des Geheimen Medizinalrates Prof. Dr. Rinne in Berlin brachte, das aber nicht auf einer Untersuchung des Verletzten beruhte, sondern allein auf Grund des Akteninhaltes erstattet wurde. Dieses Gutachten gab zunächst, wie üblich, an der Hand des Aktenmaterials die Krankheits- und Unfallgeschichte wieder, wobei ihm aber in acht wesentlichen Punkten Ungenauigkeiten, Irrtümer und Unrichtigkeiten unterliefen. Unter anderem wurde in dem Gutachten behauptet, der Kläger habe erst reichlich 1½ Tage nach dem Unfalle Schmerzen an der verletzten Stelle verspürt; erst ½ Jahr nach dem Unfalle habe er angegeben, daß er einige Tage nach dem Unfalle Blut ausgesworfen hätte. Diese Behauptungen entsprachen nicht den Tatsachen und wurden als falsch nachgewiesen. Vor allem aber wurde, als ob das Gutachten des Chefarztes der Lungenheilstätte Postau gar nicht existierte, mehrmals behauptet, das Lungenleiden sei seit mindestens einem Jahre (das Gutachten datiert vom 20. Dezember 1907, der Unfall ereignete sich am 9. März 1907) tuberkulöser Natur. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Gutachter diese Behauptung aufstellte, trotz des eingangs wiedergegebenen Gutachtens des Chefarztes der Lungenheilstätte Postau, eines Arztes, der eine reiche Erfahrung gerade in der Kenntnis und Behandlung von Lungenleiden besitzt, und eines Gutachtens, das die Frucht einer einvierteljährigen Untersuchung und Beobachtung in einer Lungenheilstätte war. Nachdem ein Vorgesetzter, wie er kompetenter gar nicht gedacht werden kann, festgestellt hatte, daß der Krankheitszustand des Patienten während der Behandlung in der Lungenheilstätte ein geringfügiger gewesen war, daß er sich durch die Behandlung und Pflege noch weiter so bedeutend gebessert hatte, daß bei der Entlassung nichts weiter als abgeschwächtes Atemgeräusch übrig geblieben war; daß aber, worauf es besonders ankommt, im Auswurfe (während eines Zeitraumes von einem Vierteljahre) Tuberkelbazillen nicht gefunden wurden, glaubte der Gutachter der Berufsgenossenschaft, das alles ignorieren und das Gegenteil als sicher hinstellen zu können. Die Schlussbemerkungen des Gutachtens waren allerdings vorsichtiger gehalten. Sie lauteten:

„Alles in allem kann ich nach dem ganzen Aktenmaterial nicht den Eindruck gewinnen, daß die schon vor dem Unfall bestehende Lungenerkrankung wesentlich (also doch etwas) durch den Unfall beeinflusst worden ist, vielmehr bin ich der Meinung, daß die vorhandene Lungentuberkulose auch ohne die Verletzung den beobachteten naturgemäßen Verlauf angenommen hätte, und ich muß deshalb eine Verschlimmerung des Lungenleidens . . . infolge des . . . Unfalles für unwahrscheinlich (also nicht für ausgeschlossen) halten.“

Strikte im Gegensatz zu der Ansicht Professor Dr. Rinnes hatte aber der Chefarzt der Lungenheilstätte Postau den „beobachteten naturgemäßen Verlauf“ in Abrede gestellt und begutachtet, „daß

Limbach i. S. 30,50, Grünberg i. Schl. 50,—, Berlin 16 000,—, Brandenburg a. S. 1100,—, Neumünster: 700,—, Darmstadt 600,—, Flensburg 1000,—, Cuxhaven 13,80, Spremberg (Lausitz) 77,80, Leer (Ostfr.) 38,15, Delsnis i. Vgtld. 80,—, Bergedorf 230,—, Leutkirch 13,60, Hameln 26,80, Paderborn 13,10, Gießen 58,65, Landsberg a. W. 80,—, Altenburg (S.-A.) 500,—, Bant-Wilhelmshaven 300,—, Dresden 800,—, Bielefeld 1400,—, Gera (Reuß) 485,34, Gevelsberg 164,45, Göttingen 100,—, Stadtilm 18,30, Waldheim 4,—, Luckenwalde 200,—, Neuhaldensleben 25,—, Bremen 1000,—, Barmen 500,—, Gotha 200,—, Schleswig 80,—, Großschönau 42,50, Leipzig 2000,—, Meß 140,—, Jena 500,—, Mügeln i. S. 150,—, Aachen 100,—, Wiesbaden 94,—, Düsseldorf 400,—, Elmshorn 100,—, Kaufbeuren 25,20, Uckermünde 38,61, Worms a. Rh. 45,—, Saargemünd (Lothr.) 6,45, Jungsstadt 15,—, Mülheim a. Rhein 300,—, Nürnberg 300,—, Bad Reichenhall 53,50, Raumburg a. S. 10,—, Bernburg 35,—, Rendsburg 48,—, Schwiege 40,70, Minden i. W. 114,20, Hainau i. Schl. 111,80, Liegnitz 13,80, Meldorf i. Holst. 10,50, Hannover 3000,—, Segeberg 11,60, Bredstedt 30,—, Stolp i. Pomm. 18,15, Potsdam 27,—, Penzig (O.-L.) 25,—, Mühlhausen i. Elf. 90,—, Jechoe 400,—, Stuttgart 800,—, Zerbst 10,—, Halle a. S. 123,85, Breslau 150,—, Trebbin 55,65, Witten 100,—, Lägerdorf i. Holst. 20,—, Garburg a. E. 700,—, Köln 600,—, Augsburg 100,—, Memmingen 16,—, Torgau 22,50, Meuselwitz 60,—, Kronach 50,—, Osterode a. S. 30,—, Schmölln (S.-A.) 300,—, Braunschweig 800,—, Wittenberg (Bez. Halle) 120,— Mk.

c) Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Bergarbeiter: Gelsenkirchen 10,— Mk. **Buchdrucker:** Jechoe 15,—, Bezirksverein Oldenburg (Großh.) 50,—, Hirschberg i. Schl. 10,—, Gau Mecklenburg-Lübeck 50,—, Gau Rheinland-Westfalen 25,—, Münster i. W. 30,—, Hilden-Ventrath (Rhb.) 5,—, Meldorf 5,— Mk. **Fabrikarbeiter:** Friedland in Meckl. 20,— Mk. **Gärtner:** Koblenz 5,—, Frankfurt a. M. 50,— Mk. **Hutmacher:** Friedrichsdorf 25,80 Mk. **Lederarbeiter:** Grimma 10,—, Durlach 28,30, Jimenau 10,—, Badnang 5,— Mk. **Maschinen und Feiger:** Tuttingen 5,—, Ronneburg 3,—, Neugersdorf i. S. 10,— Mk. **Maurer:** Bunsau 20,— Mk. **Porzellanarbeiter:** Gera (S. G.) 12,—, Uhlstädt 10,— Mk. **Schmiede:** Bassum 5,50 Mk. **Schneider:** Eifenach 35,—, Merseburg 4,05 Mk. **Schuhmacher:** Rößwein 69,35 Mk. **Steinarbeiter:** Ober-Beilau I 5,50, Wenig-Rackwitz 28,60, Mittelsteine 10,—, Lütchenbach 30,—, Rüders 10,—, Markt. **Steinfeger:** Flensburg 35,—, Eberswalde 7,25, Kropfdorf 10,— Mk. **Stukkateure:** Pirmasens 20,—, München 50,— Mk. **Textilarbeiter:** Landesbut i. Schl. 15,—, Thailfingen i. Würtbg. 5,—, Mk. **Töpfer:** Mügeln (Bez. Leipzig) 30,—, Lauenburg in Pommern 15,20, Piffen-Osterfeld 10,— Mk. **Transportarbeiter:** Güstrow 7,30 Mk.

d) Von Parteiorganisationen:

18. hannoverscher Reichstagswahlkreis Vegesack 60,30, Sozialdem. Wahlverein Kegin und Fabrikarbeiterverband Kegin 25,—, eingegangen in der Expedition des „Hamburger Echo“ 1500,— Mk.

e) Ausland:

Handschuhmacherverband Luxemburg 50,— Mk.

f) Sonstige Sammlungen:

P. Jessen-Glücksburg (Ostsee) 10,—, Teller-sammlung von einer Frauenversammlung in

Johanngeorgenstadt 6,55, gesammelt von den organisierten Arbeitern auf Helgoland 36,—, Arb.-Regelklub „Plad för då Midde“ Langendreerholz 10,—, Arb.-Dilettantenverein Langendreerholz 10,—, gesammelt bei einem Ausflug der Reimscheider, Düsseldorf und Solinger Dachdecker 6,—, Radfahrer-verein „Solidarität“ Oschatz 5,— Mk. Vereinte quittiert 1 193 590,55 Mk. In Summa 1 252 171,37 Mk.

Berlin, 2. Nov. 09. Hermann Kube.

Zur Berichtigung: In der Veröffentlichung unserer Quittung in Nr. 43 sind durch Verwechslung der Ueberschriften der letzten beiden Positionen die von „sozialdemokratischen Organisationen“ eingesandten Beträge unter „Sonstige Sammlungen“ aufgeführt. Sie gehören unter die Ueberschrift: „Von Parteiorganisationen“, während die unter der Ueberschrift „Von Parteiorganisationen“ aufgeführten Beträge unter „Sonstige Sammlungen“ zu quittieren sind.

Die Redaktion.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Abrechnung vom 2. Quartal 1909.

Einnahme.	
Raffenbestand vom 1. Quartal 1909	618,90 Mk.
5970 Mitglieder-Beiträge	35 820,— "
Zinsen	5 121,45 "
Summa	41 560,35 Mk.

Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	772,20 Mk.
Sterbegeld an Frau Fischer	200,— "
" " " Schwarz	200,— "
" " " Einhardt	200,— "
" " " Hauck	200,— "
" " " Hinterbliebene Goldstein	200,— "
Witwenunterstützung	6 669,50 "
Invalidenunterstützung	675,— "
Waisenunterstützung	87,50 "
Porto	78,47 "
Drucksachen	3,— "
Kassierer	200,— "
Auf der Bank	30 908,61 "
Raffenbestand	1 166,07 "
Summa	41 560,35 Mk.

Vermögensübersicht.

Auf der Bank	545 505,28 Mk.
Raffenbestand	1 166,07 "
Summa	546 671,35 Mk.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden

Die Revisoren:

Franz Stahl. Gustav Reinke.

Als Mitglieder haben sich gemeldet:

Altona:	Bastek, Johann, Angest. des Verbandes der Gastwirtsgehilfen.
"	Ohle, Eduard, Angest. des Verbandes der baugewerbl. Hilfsarb. angestellter.
Berlin:	Leue, Herbert, Buchhandlungsangestellter.
"	Graf, Engelbert, Schriftsteller.
Breslau:	Fiebig, Gustav, Expedient.